

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Faktion der Kommunistischen Partei
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / K...

Preisliste
f Ostschaffen
rauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, drei Quarta 2,50 M., halbjährlich 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. ...
Anzeigenpreis: Die neuzeitliche ...
Anzeigen-Nachnahme wochentags bis 9 u. ...
Anzeige besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4 Jahrgang Dresden, Montag den 14. Mai 1928 Nummer 112

Stahlhelmbanditen überfallen Arbeiter

Terrorwahlen in Vorbereitung — Rot-Front-Kameraden blutiggeschlagen — Durch Messerstiche schwer verletzt
Auch Polizeibeamte niedergestochen

Alarmbereite Reichswehr Wahlen unter Bajonetten

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung)
Gestern kam es zu den bereits von der Welt am Abend am Sonnabend angekündigten Gruppenschlägen und Überfällen des Stahlhelms, dessen Mitglieder, um mit Stößen auszuweichen zu können zu 50 Prozent die Anweisung erhalten hatten in Zivil zu erscheinen. Die Überfälle in den Arbeitervierteln überfielen von vornherein an der entschlossenen Haltung der Arbeiter, die gestern in besonders hartem Maße zur Widerwehr aufmarschiert war. Ihre Hauptüberfälle hatten die Stahlhelmbanden und Nationalsozialisten deshalb nach dem Plan verlegt, wo sie sich der Unterstützung der Bourgeoisie hohle glaubten. In Halensee gelang es einer Gruppe Stahlhelmer, einen einzelnen Roten Frontkämpfer zu überfallen und blutig zu schlagen. Ein anderer Roter Frontkämpfer wurde in einem Auto zu entkommen, dasselbe wurde jedoch von den Stahlhelmen angehalten und der Rote Frontkämpfer herausgedrückt. Hinzukommende Polizeibeamten verhafteten darauf einen Stahlhelmer, dessen Kollegen jedoch über die Polizei herfielen und einen von den Polizeibeamten mit einem Messer niederschlugen und den verhafteten Stahlhelmer befreiten.
An einer anderen Stelle von einem Schupo-Beamten ein Rotenfrontler festgenommen worden war, wurde der Beamte von einem Trupp Nationalsozialisten überfallen. Der Beamte erhielt einen lebensgefährlichen Messerstich in den Rücken. Der Trupp Nationalsozialisten entkam. An einer anderen Stelle wurde der „republikanische“ Polizeioberst Lang von dem Stahlhelm überfallen. Diese versuchten ihm sein Reichsbanner abzunehmen. Sie beschimpften ihn auf die größte Weise und warfen Steine nach ihm.
Wie jetzt die Welt am Montag und der Montag-Morgen wissen müssen, war bei den Ausschreitungen der Stahlhelmbanden und Nationalsozialisten keinerlei Polizei zu bemerken, sondern sie mußte immer erst herbeigerufen werden und kam dann zu spät.

ministers von Reudell den einzelnen Staaten zur „Sicherung der Wahl“ zurückzuführen sein. Gleichzeitig teilen die Zeitungen mit: Von gut unterrichteter Seite werden wir informiert, daß dieser Tage Vertrauensleute des Stahlhelms mit Herren der Deutschen Volkspartei eingehende Besprechungen über das Verhalten des Stahlhelms während der Wahl am 21. Mai geführt haben. Es handelt sich dabei um die „Sicherung der Wahl“ auf dem hohen Lande, besonders in Pommern, Ostpreußen und Hannover. Zunächst wollte man

in den Kreis der zu „schützenden“ Landestelle auch das mitteldeutsche Industriegebiet, das Schmerzenskind des 2. Stahlhelmsführers Dülsterberg einbeziehen. Nach Fühlungnahme mit dort wurde aber leitens der Industriellen heftig abgewinkt, da diese mit dem Stahlhelm während des mitteldeutschen Braunkohlenstreiks niederdrückende Erfahrungen machten, indem sich die Interessensolidarität mit den übrigen Arbeitern als stärker erwies als das Unternehmertum. In den ländlichen Bezirken aber erhofft man Wirkungen auf das Wahlergebnis im Sinne des Stahlhelms und des Großparteilertums durch entschiedenes Ausbleiben gegen jeden „von links“ zu erwartenden Wahlerror am Wahltag und auch am Vorabend dem 19. Mai zu erreichen. Es ist klar, daß die Reaktion einen angeblichen „Wahlerror von links“ als Anlaß nimmt. Die Arbeiter werden jedem Terror zu begegnen wissen.

Der Bankrott der Veräterpartei

Auflösung des Leninbundes — Zurückziehung der eigenen Wahllisten — Ein Bestechungsversuch durch die SPD — Die Arbeiter kehren zur Partei zurück — Der Volkswille wird wieder Parteiführer

Wie wir erfahren, steht die offizielle Auflösung des sogenannten Leninbundes und damit verbunden die Annulierung der von ihm aufgestellten Kandidatenliste zum Reichstag und Landtag unmittelbar bevor. Den letzten Rest zu diesem Zusammenbruch der Veräterpartei gab die Tatsache, daß der SPD-Parteivorstand durch Mittelmänner an einige am Süder „Volkswillen“ material interessierte Leute — die zugleich im Vorstand und Aufsichtsrat des „Volkswillen“ sitzen und ihre Existenz fürchten — mit dem Verzicht herangemacht hat, sie mit Hilfe einer angeblichen hohen Geldsumme zu bestechen, und dadurch das Unternehmen in die Hand der SPD zu spielen.
In Verzweiflung über die durch seine Freunde herbeigeführte Situation wandte sich Urbahn am Sonnabend telefonisch an Vertreter des Zentralkomitees der KPD und ersuchte um dringende Unterredung. Diese fand statt. Er erklärte, daß angesichts der obengedachten Situation er nicht mehr imstande sei, das Blatt zu halten, und deshalb die KPD den „Volkswillen“ politisch und finanziell übernehmen solle.

Verhandlungen einer Delegation des Leninbundes mit Vertretern des Zentralkomitees haben begonnen. Es ist aller Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, daß sämtliche Ortsgruppen des Leninbundes im Süder Bezirk auf Grund besonderer vom ZA der KPD formulierter Bedingungen wieder in die Partei zurückkehren werden. Die oppositionellen Arbeiter lehnen einmütig den geplanten Streich des SPD-Parteivorstandes und einiger korrupter Elemente des Leninbundes ab.

Wieder hat sich bewiesen: Neben der KPD kann eine andere Partei, die sich einen revolutionären Ansehen geben will, nicht bestehen. Die KPD ist und bleibt die Partei des revolutionären Proletariats.

Bezeichnend ist die Methode der SPD. Korruption ist bei dieser Partei Trumpf. Dort ist man schon so daran gewöhnt, Geldsummen zu kaufen und zu verkaufen, daß man auch in Süder den Versuch machte.

Bei den revolutionären Arbeitern ist die SPD damit gerichtet. Die Arbeiter stehen zur KPD, sie wählen Liste 5!

Gott der Angestellte GPD wählen?

(Angestelltenkorrespondenz)

Der Zentralverband der Angestellten ruft zur Stimmabgabe für die SPD auf. Er begründet diese Haltung damit, daß man sich nur auf die SPD verlassen könne, und daß die Kommunisten, die sich noch als Arbeiterpartei bezeichnen, nur manchmal etwas für die Angestellten tun. Und aus einer Polemik gegen reformistische Genossenschaftsangehörige machen die schlauen „Führer“ des ZVA eine Herabwürdigung der Angestellten insgesamt, woran nie ein Kommunist gedacht hat. Am 15. Mai soll nun das „Mitglied des ZVA“, Frau Toni Sender, im Palmgarten in einer Wahlkundgebung des AFA-Bundes sprechen. Wofür sie sprechen wird, das ist klar. Sie wird behaupten, daß nur die SPD die Interessen der Angestellten gewahrt habe und der Herr Hauptmann wird dazu den Beweis liefern, wie glänzend doch die reformistische Führung des ZVA fungiere.

Wir Angestellten aber wissen es anders. Uns ist klar, daß die Interessen der Angestellten untrennbar verknüpft sind mit denen der Arbeiter, daß wir alle in eine Front gehören, die nicht von der SPD, sondern nur von der kommunistischen Partei geführt wird. Wir nehmen die Bezeichnung Arbeiter als Ehrentitel an und führen nicht demagogische Scheingeschäfte.

Die reformistische Führung des ZVA hat es zumeist gebracht, daß es den Angestellten sogenannter kommunistischer Unternehmen verboten ist, Mitglied der ZVA zu sein. Zu solchen „kommunistischen“ Unternehmen zählt man selbständige Buchhandlungen. Außerdem darf ein Kommunist nicht Funktionär des Verbandes sein. Nun komme keiner und sage, ein solcher Verband sei noch überparteilich! Ganz offen tritt hier die Wahlpolitik der Reformisten zutage, die in Worten für Demokratie eintreten, aber die proletarische Demokratie dauernd mit Füßen treten. Uns wurde ein Fall gemeldet, der ebenfalls klar zeigt, wie ernst es „Mitglieder des ZVA“, wie die Frau Toni Sender, mit dem Gewerkschaftskampf nehmen. In Kadeberg fand eine Versammlung der SPD statt, in der Frau Sender referierte. Ein Mitglied des ZVA meldete sich zur Diskussion, wurde jedoch von der Frau Sender abgewiesen mit der Bemerkung, daß dies keine Gewerkschaftsversammlung sei. So also steht diese Vertreterin der Angestellteninteressen da! Wenn ein Prolet, ein Angestellter, der vielleicht 120 Mark Monatslohn bekommt, keine Not, die die Not der ganzen Klasse ist, den Klassengenossen klarmachen will, dann kommt die Frau Sender und verbietet es.

Der Frau Toni Sender muß klargemacht werden, daß sie gar keine Berechtigung besitzt, sich als Vertreterin der Angestellten aufzuspielen, wenn sie sich derartig verhält.

Hat sich die SPD wirklich für die Arbeiter und Angestellten eingesetzt? Diese Frage aufzuwerfen, bedeutet, sie zu verneinen. Arbeitererrat, und natürlich auch Verrat der dazugehörigen Angestellten, ist die gesamte Tätigkeit der SPD. Sie stimmte im Reichstag für die Mittel, die für Reichswehr und Polizei ausgeworfen wurden. Sie tat aber nichts, um die Not der älteren Angestellten wirklich zu lindern. Sie tat nichts, um dem Abbau der sozialpolitischen Einrichtungen entgegenzutreten. Im Dresdner Stadtverordnetenkollegium stimmte die SPD für die Mittel, die für die Hebung des Flugverkehrs ausgeworfen worden sind. Dabei ist klar, daß diese Hebung des Flugverkehrs gleichviel besser geht als unter der Sklaverei des Kapitalismus. Jetzunion ist. Aber auch dafür sind ja die Sozialdemokraten! Sie

Reichswehr und Stahlhelm sollen die Wahlen „schützen“

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung)
Die Telegraphenagentur Zeitnotizen melden, daß sie aus einer zuverlässigen Quelle erfahren, daß in der nächsten Woche große Alarmierungen der Reichswehr vorgehen sind. Diese Alarmierungen sollen auf Anregung des Reichsinnen-

Sie Arbeiter kämpfen von nun an für die Arbeiterpartei und nicht mehr für die Arbeiterpartei des Reformismus, sondern für die Arbeiterpartei der Sozialdemokratie und nicht mehr für die Arbeiterpartei der Sozialdemokratie, sondern für die Arbeiterpartei der Sozialdemokratie.
Petersen Riedel

teugnen ab, daß es dort den Angehörigen und Arbeitern unergleich besser geht als unter der Sklaverei des Kapitalismus. Und sie spritzen ihren Geißel gegen die proletarische Macht.

Wie fordern alle Angehörigen auf, sich ebenfalls an der Wahlversammlung des W.-B. Bundes zu beteiligen, um den autoritatistischen Stimmensänger der SPD die Wahrheit zu sagen, um ihnen klarzumachen, daß der Klassenbewußte Angehörige sich einreißt in die rote Klassenfront, und daß er am 26. Mai Kommunisten wählt, womit er kundtut, daß er Schluß machen will mit der reformistischen Politik. Ein kommunistischer Angehöriger.

Entlarvte Lügner

Die Volkszeitung gibt den Schwindel zu!

Als in gemeiner Denunziationsmethode die Piesdener Volkszeitung einen Bericht über die angeblichen Goldmillionen der SPD veröffentlichte, die bei einem Verfahren gegen den Genossen Lönig gefunden worden sein sollen, antwortete die Arbeiterstimme mit der Feststellung, daß diese geheimnisvollen Millionen Gelder gewöhnliche Papiermarken waren und die ganze Angelegenheit auf das Jahr 1923 zurückgeht. Das hatte nämlich die Volkszeitung „irrtümlich“ hinzugesetzt vergessen. Und dies geschah bewußt, sonst hätte man an eine solche Notiz nicht solche Verächtlichkeit und Denunziation hängen können. Auf unsere Entlarvung schwieg das schwarz-rot-gelbe Presseorgel zunächst. Nachdem jedoch auch die eigenen Leser rebellisch geworden waren und Aufklärung forderten, brachte die Volkszeitung in der Donnerstagsnummer in Kopierfälschung, falls dem kleinsten Grad des Wahnsinnes! folgenden Eingekindnis:

Nicht Goldmark, sondern Papiermark

Wir berichten vor einigen Tagen über den Prozeß gegen den der Kommunistischen Partei angehörenden Kassenboten Lönig in Pausen wegen Kapitalerhebung. Dabei war von 2 Millionen Mark die Rede, ohne daß gesagt war, daß es sich dabei um Papiermarken gehandelt hätte. Dieser Bericht hat der kommunistischen Arbeiterstimme Anlaß gegeben, in das übliche Geistes über sozialdemokratische Lügen auszubringen. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um eine Lüge, sondern nur um einen Irrtum, der anderem Berichterstatter unterlaufen war. Die 2 Millionen Mark waren nicht Goldmark, sondern Papiermarken, da die vor Gericht behandelten Vorgänge bereits im Jahre 1923 spielten. Das kommunistische Blatt hat zu keiner Enttarnung um so weniger Anlaß, als bekanntlich in der kommunistischen Presse fast täglich die üblichen Lügen über die Sozialdemokratie verpöht werden. Die Arbeiterstimme weiß ganz gut, daß in der sozialdemokratischen Presse derartige Methoden nicht üblich sind, und daß sie kein Recht hat, von einer Lüge, also von bewußter Unwahrheit zu reden, wenn einmal eine von uns gebrachte Meldung mit den Tatsachen nicht übereinstimmt oder unvollständig ist.

Der Wortlaut der „Berichtigung“ ist so beweisend, daß man der Lüge vom Weltuntergang nur empfehlen könnte, den Mund nicht so voll zu nehmen. Früher oder später könnte man an diesem Witz von Schwindel und Heuchelei erkranken. Die aufmerksamen Leser haben aber gerade hierin ein treffliches Beispiel für die Art, wie Kommunisten betreiben wird, und sollten daraus lernen, wie man die Denunziationsmeldungen gegen die kommunistische Partei und gegen Sowjetrußland aufnehmen hat.

Wahlerfolg der SPD in Lettow

Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen in Lettow waren ein guter Erfolg für die kommunistische Partei. Von 3950 Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl 3268 Personen. Die Stimmen verteilten sich wie folgt: SPD 112 (1924 832), SPD 926 (1924 538), Liste Heimat (vereinigtes Bürgerliche) 1233 (1924 1328). Die Mandate verteilten sich wie folgt: Kommunisten 6, Sozialdemokraten 5, Liste Heimat 6. Bei den Wahlen 1919 erhielten die Bürgerlichen 3, die SPD 12 und die Kommunisten 1 Mandat.

Der Brand im iernen Osten und der Völkerverbund

Konno, 11. Mai. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, bringt die Freitagsgasgabe der „Sowjet“ einen Leitartikel zu den Ereignissen in China, in dem das Blatt hervorhebt, es könne nurmehr kein Zweifel bestehen, daß zwischen Japan und Südschina ein Krieg ausgebrochen sei. Welt man die Forderungen der russischen Vertreter in Genf auf allgemeine Abstraktion abgesehen habe, sei ein Krieg entbrannt, dessen Folgen nicht abzusehen seien. Die Behauptung der russischen Vertreter in Genf, daß der Völkerverbund nicht in der Lage sei, eine kriegerische Auseinandersetzung zu verhindern und daß er ein Werkzeug der Großmächte sei, habe sich jetzt bewahrheitet. Was habe der Völkerverbund zur Verhütung des Krieges zwischen Japan und China, die beide seit acht Jahren dem Bund angehört, getan? Nur Kinder könnten annehmen, daß die Artusung des Völkerverbundes durch die Nantingregierung erfolgreich sein könne. Nantings Verwahrung werde das gleiche Schicksal haben wie die chinesische Verwahrung im Völkerverbund gegen die englische Verwahrung in den Jahren 1925 und 1926. Nichts jedes ärztlichen Anhängers des Friedens sei es, den Brand im iernen Osten zu löschen und zwar nicht mit Friedensgesprächen, sondern mit Taten. Behaltlich äußert sich auch die „Prawda“.

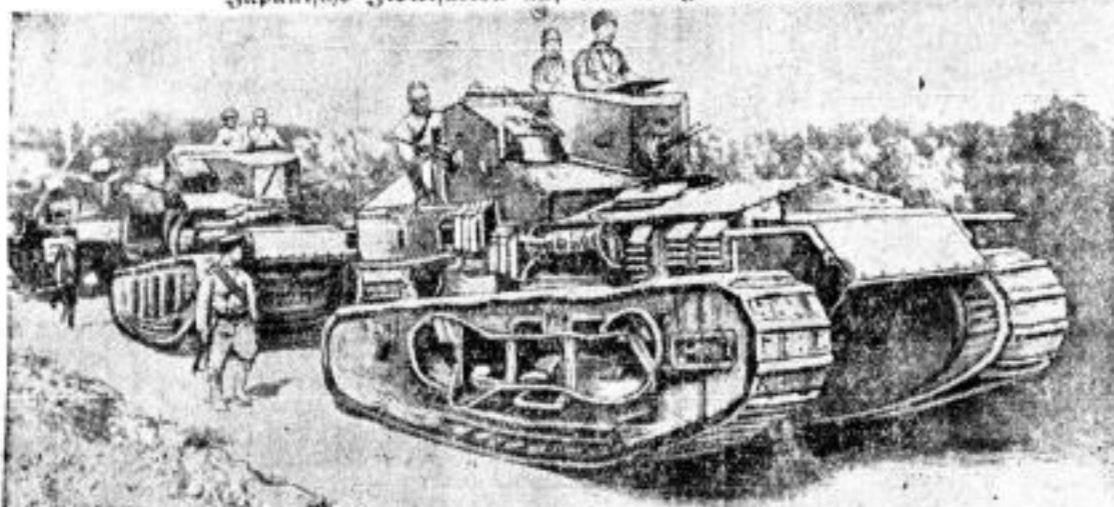
Wetterer Vormarsch in China?

London, 13. Mai. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind dort gestern 600 japanische Matrosen an Land gesetzt worden, um den Schutz der japanischen Kolonie zu übernehmen. Wie weiter gemeldet wird, haben japanische Truppen die Hauptstadt der Provinz Honan, Tschangschia, besetzt. Die Nantingregierung hat einen neuen Einspruch gegen den weiteren Vormarsch der japanischen Truppen eingelegt.

Die chinesische Südarmerie im Sitzmarsch auf Peking

Tokio, 13. Mai. (Tel.) Nach Einstellung der chinesisch-japanischen Kämpfe rückt die Südarmerie in überraschender Schnelligkeit gegen Peking vor. Mongolische Kavallerietruppen wurden südlich Peking gesichtet. Das Gros der Südarmerie hat in großem Fug das von den Japanern besetzte Tsinifu umgangen. Die Truppen Tsangschia haben neuerdings an verschiedenen Stellen Widerstand geleistet. Ein neuer Konflikt wird befürchtet, da japanische Truppenlandungen zum Schutz Peking bevorzugen.

Japanische Zivilisation auf dem Wege nach China



Tanks, die von den Japanern gegen die chinesischen Truppen eingesetzt werden. Das Bild ist ein Beweis für die Aufrüstungen der Imperialisten.

Die DMB-Bureaufratie hilft maßregeln

Betriebsratsvorsitzender Schaal gemäßregelt / Abwägung des Solidaritätsstreiks durch den DMB

Am Donnerstag verhandelte die Streikleitung des Schiffwerkes Hagen mit der Direktion über die Wiederaufnahme der Arbeit. Erprobend der verbindlich erklärte Schiedspruch ausdrücklich keine Maßregelungen vorstellte, erklärte die Direktion, daß sie 30 Kollegen und den Betriebsratsvorsitzenden, Kollegen Schaal, nicht wieder einstellt.

Die Betriebsversammlung am Donnerstag sagte daher den einstimmigen Beschluß, die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, ehe die Entlassung sämtlicher Kollegen rücklos erfolgt.

Die Protesten der Schiffswerk waren sich also klar über die Aufgabe, die sie als Klassenbewußte Arbeiter gegenüber diesem Unternehmerterror durchzuführen haben. Der Deutsche Metallarbeiterverband, der im Interesse der Metallgewaltigen nach Abbruch des Metallarbeiterkampfes die schnellste Wiederaufnahme der Arbeit „organisierte“, konnte sich dem einstimmigen Willen der Belegschaft der Schiffswerk nicht entgegenstellen und gab daher die Sanktion zum Weiterstreifen.

Genoss Schaal ist sieben Jahre auf der Schiffswerk beschäftigt und fällt ebenfalls Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender. Er hat als Klassenbewußter, oppositioneller Metallarbeiter keine Pflicht erfüllt und die Belegschaft bei den Kämpfen der Arbeiterklasse immer vorzüglich und aufgeführt. Infolge seiner Vertrauensstellung bei den Kollegen war er auch gewerkschaftlicher Obmann und so Mitglied der Großen Delegiertenversammlung des DMB.

Schon seit über einem Jahr hat die Direktion nur einen Wunsch: unseren Genossen Schaal zu entledigen. Sie hat ihn auch bereits drei Abwägungsgelder angeboten, wenn er den Betrieb verläßt. Aber infolge seiner oppositionellen Einstellung war

Sie sympathisieren mit der kommunistischen Partei?

Sympathie aber allein genügt nicht! Waren Sie bereit, die kommunistische Partei

durch aktive Beteiligung an der Wahlarbeit

zu unterstützen? Wenn ja — so füllen Sie den untenstehenden Zettel aus und schicken ihn frankiert mit 5 Pf. als Druckgabe an die Adresse Siegfried Kadel, Dresden a. d. S. 28, Columbusstraße 4, oder geben ihn an den Leiter unserer Ortsgruppe ab. Der zuständige Vertrauensmann der kommunistischen Partei wird Sie in Ihrer Wohnung aufsuchen und mit Ihnen über Ihre Beteiligung an der Wahlarbeit Rücksprache nehmen.

Registrierung Pflichtig.

Unterschiedener erklärt sich bereit, die kommunistische Partei bei der Wahlarbeit unentgeltlich zu unterstützen.

Nam und Familienname:
 Ort: Straße, Haus Nr.
 Unterschrift:

Genoss Schaal auch der Metallarbeiterverbandführung ein Dorn im Auge. Viele sozialdemokratische Arbeiter werden das nicht glauben wollen, aber auch sie werden erkennen müssen, daß die Führer des DMB alle Wege auszuheben, um dort, wo oppositionelle Kollegen die Führung in Händen haben, ihnen diese zu entreißen. Auf welcher hundertprozentigen und gereinigten Art dabei ein Verfahren wird, zeigt der Fall Schaal.

Am Sonnabend dem 12. Mai tagte wieder eine Belegschaftsversammlung. Der Kampfgeist der Kollegen war ungebrochen. Das bewiesen die Diskussionen vor der Betriebsversammlung sowie auch der Verlauf dieser Versammlung in der ersten Hälfte.

Der Wille der Verbandsführung aber war, die Kollegen ab Montag auf jeden Fall in den Betrieb zu bringen. Wenn Genoss Schaal auf der Straße bleibt, so ist das ja für die Reformisten nur günstig; der Betrieb Schiffswerk kommt dann unter sozialdemokratische Führung und ein oppositioneller Kollege ist in der Großen Ortsverwaltung weniger.

Als diesen Gründen galt es der Belegschaft die Aufnahme der Arbeit ohne Genossen Schaal schmackhaft zu machen und das als den einzigen Weg aufzuzeigen, auf dem Genoss Schaal zu seinem Recht kommt. Seitdem, Angehöriger der Ortsverwaltung des DMB, hält eine gefährliche, schmutzige Rede und führt aus:

„Die Direktion hat die Maßregelung der 30 Kollegen zurückgenommen, nur Schaal wird nicht mehr eingestellt. Wir müssen uns fragen, wie kommt Kollege Schaal, der die volle Anerkennung für seine lebenslange Tätigkeit im Betrieb verdient, zu seinem Rechte? Die Ortsverwaltung des DMB will sich das Beste, daher haben sich sogar der Erste und Zweite Beschlusmächtige sowie der Kollege Führer, der all diese Rechtfertigungen bearbeitet und ich (Siefert) mit diesem Fall beschäftigt. Wir haben alles für und Wider erwogen und können erklären: wenn wir weiterstreiken, dann nehmen wir uns die Möglichkeit, den Rechtsweg zu beschreiten. Wir empfehlen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen, dann den Rechtsweg zu beschreiten und Kollege Schaal, davon sind wir fest überzeugt, wird seinen Preis gewinnen. Er muß wieder eingestellt werden, oder er erhält 6 Zwölftel des Jahresgehaltes als Entschädigung. Nehmt keine Urabstimmung vor, denn die Urabstimmung schädigt nur den Kollegen Schaal. Nehmt die Arbeit auf, das ist das Beste, was ihr für Schaal tun könnt. Gewiß gibt es am Arbeitsgerichtsgesetz noch

manches zu bemängeln, aber wir müssen diese Einrichtung ausnützen.“

Durch diese Rede ließen sich die Kollegen, die bis auf einige führende sozialdemokratische Funktionäre wirklich das Beste für Genossen Schaal wollen, einwinkeln. Nur ca. 60 von 350 Kollegen erkannten das Manöver des DMB und stimmten gegen die Arbeitsaufnahme. Die Belegschaft der Schiffswerk, die in ihrer Gesamtheit mit zu den aktiven Belegschaften gehört, hat diesem Scheitern nur aus Mangel gelehen und nicht die Absichten der DMB-Führung erkannte.

Die Direktion der Schiffswerk wird auch dann, wenn sie den Prozeß verliert, den Genossen Schaal nicht wieder einstellen. Schaal wird die Entschädigungsumme zahlen, nur um Genossen Schaal loszuwerden. Außerdem sind die Urteile des Arbeitsgerichts ganz selbstverständlich Klassenurteile und steht daher noch zur nicht fest, ob Genoss Schaal den Prozeß gewinnt. Jeder Arbeiter wird erkennen müssen, daß nur durch den Waffeneinsatz der Belegschaft, die für Genossen Schaal weiterstreiken mußte, die Wiedereinstellung erzwungen werden konnte. Es ist eine alte gewerkschaftliche Tradition, die Führer der Betriebe in kritischen Situationen nicht zu verlassen. Aber im Fall des Genossen Schaal spielt die DMB-Führung aus allen durchsichtigen Gründen den Völkerverbund. Die DMB-Führung hat es am ersten Tage nicht gewagt, der Belegschaft die Arbeitsaufnahme zu empfehlen, aber dann im geheimen und zuletzt ganz offen den Abbruch des Solidaritätsstreiks organisiert.

Die Reformisten im DMB führen die Arbeiterklasse von Niederlage zu Niederlage und dann haben sie noch den Maßregelungen oppositioneller Kollegen kamplos hinwinkeln. Dies alles ist nur möglich, weil die Gewerkschaftsführung die sozialistische Gewerkschaftspolitik in Anwendung bringt, weil sie die Klasseninteressen des Proletariats preisgibt und sich in jedem Falle von den Interessen des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft infolge ihrer Staatsabhängigkeit der Theorie der Wirtschaftsdemokratie leiten läßt.

Das einzige was die „Führer“ im DMB in größtmöglicher Art und Weise versuchen, ist die Kommunisten und der sozialistischen oppositioneller Kollegen aus dem Verband der Metallarbeiterführung im hiesigen Metallarbeiterverband und im Fall Schaal beweist erneut, wie notwendig es ist, die Reformisten den verdienten Führer zu geben. Die Verbandsratswahl und die Reichstagswahl bieten hierzu günstige Gelegenheiten.

Am Freitag findet in den Annalen eine große öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Alle müssen diese Versammlung besuchen. Hier wird die Opposition den Weg zeigen, der zu folgen bei künftigen Arbeitskämpfen führt.

Der Suizidmord an Zatsubowski soll verschleiert werden

Neu-Strelitz, 12. Mai. Die Telunion meldet: Von neu gebender und unterrichteter juristischer Seite erfährt der Reporter der Telegraphenunion auf Anfrage, daß in der Moskauer Zatsubowski einige anderslautende Meldungen die Wahrheit zeigen, Mörder und Kreuzfeld nicht wegen Mordverdachts verhaftet worden sind. Die Festgenommenen sollen nicht mehr, wie mitgeteilt wird, unter ihrem Eid im Schwurgerichtssaal einige Einzelheiten verschwiegen haben und sind demnach nur wegen Verdachtes des Meineides verhaftet worden.

Ob es auf Grund dieser Untersuchung zu einer nachmaligen Aufklärung des Mordprojektes selbst kommt, läßt sich recht noch nicht feststellen.

Die „Italia“ wegen schlechten Wetters nach Kingsbau zurückgeführt

Verlin, 11. Mai. (Telunion.) Wie ein Jurisprudenz des Reichsgerichtes „Italia“ meldet ist die „Italia“ heute nachmittags infolge unruhiger Witterung über dem nördlichen Ostsee um 16.10 Uhr wieder in Kingsbau gelandet. Die „Italia“ meldete vorher die Rückkehr durch Jurisprudenz, so daß die Landung alles vorbereitet war. Die Landung erfolgt.

Unfälle beim Teilsperrenbau Vehmühle

Dippoldswalde, Am Donnerstag trugen sich beim Teilsperrenbau Vehmühle zwei schwere Unfälle zu. Am Morgen um 10 Uhr stürzte beim Riemenauflegen ein Transmissionsriem und erlitt einen Unterhakenbruch. Der Premierbedienstete Rudolf Schreier aus Schmiedeburg wurde als sich der Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte auf ein Wagen aufspringen, kurz vor dem vier Wagen standen über die Beine. Er wurde nach einem Dresdner Krankenhaus gebracht, wo ihm die Glieder abgenommen wurden, bald nach der Operation starb er.

Zugunfall

Freiberg, Am Freitagvormittag entgleisten auf Bahnhofs-Luttenberg von einem Güterzuge die Lokomotive, der Packwagen und ein beladener Güterwagen. Der Materialschaden ist unbedeutend. Als Ursache des Unfalles wurde Schienenbruch festgestellt.

Beim Kalklösen erblindet

Schmilch-Keip, Beim Kalklösen erblindet ist hier ein Facharbeiter. Beim Ausheben eines Dachbalkens wollte er im Vereine mit dem Lehrling Laube in einem kleinen Gefäße Kalk zu bereiten. Dabei entzündeten sich die Gase der stehende Kalk spritzte beiden ins Antlitz. Am Arztkrankenhaus wurden beide unverweilt gebracht worden, konnte nur festgestellt werden, daß Laube auf beiden Augen erblindet ist während Laube auf einem Auge schwer geschädigt wurde.

Deutscher Metallarbeiterverband, Baugen. Mittwoch, 16. Mai 20 Uhr im Reglerheim Metallarbeiter-Versammlung Tagung: 1. Wahlberechtigung (Nord, keine Jere und Arbeitmethode); 2. Kalkstellung und Wahl von Kandidaten zum Bundestag. Kein Mitglied darf fehlen. Das Mitgliedsbuch mitzubringen. Die Ortsverwaltung

Die Japaner schützen ihre „heiligsten Güter“



Japanische Truppen bauen Fortifikationen vor einem Geschäftshaus der Japaner von Tsinanfu

Die Erwerbslosen und die Reichstagswahlen

Von Rudolf Kenner

Im Grunde genommen sollte es für die Erwerbslosen keiner Frage bedürfen, welche Stellung sie bei den Wahlen einnehmen müssen. Die gesamten bürgerlichen Parteien sind die geschworenen Feinde jeder Hilfe für die Erwerbslosen. Sie beschimpfen die Erwerbslosen als „Krauler“, „Staatsbummlanten“, usw. Daß kein Erwerbsloser diesen Parteien die Stimme geben wird, ist wohl selbstverständlich. Genaugewogen wird ein Erwerbsloser der RPD die Stimme geben. Auch diese Partei zeigte Tag um Tag, daß sie ganz offen mit den Kapitalisten zusammengeht. Dann ist da die von den Gewerkschaften unterstützte Sozialdemokratische Partei. Sie verkündet heute, daß sie die Erwerbslosen unterstützen, daß sie für die Forderungen der Erwerbslosen eingetreten sei. Dabei benutzt diese Partei alle Mittel des Arbeiterbetrugs und der Verleumdung. Erst gegen besseres Wissen belügt sie bewußt die Erwerbslosen über ihre eigene Haltung. Man muß deswegen dieser Partei und ihrer Tätigkeit, einige besondere Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen dabei einiges über die Frage der Erwerbslosigkeit besonders bemerken. Ueber den augenblicklichen Stand der Erwerbslosigkeit wird an einer anderen Stelle besonders Mitteilung gemacht. Wir brauchen darauf hier nicht einzugehen.

Die Frage der Versorgung der Erwerbslosen spielte schon vor dem Kriege eine große Rolle für das kämpfende Proletariat. Jetzt, durch das Anwachsen der Erwerbslosigkeit durch die Nationalisierung ist diese Frage für breite Massen dringende Lebensfrage. Wir brauchen in diesem Rahmen nicht besonders darauf hinzuweisen, daß die SPD die kapitalistische Nationalisierung unterstützt, daß die SPD die Arbeiter, trotz der bestehenden Erwerbslosigkeit, aufforderte, über 8 Stunden zu arbeiten, den Achtstundentag auch aufgab. Schon damit schädigten die SPD-Führer und die Gewerkschaftsbureaucraten die Erwerbslosen. Was aber haben SPD- und Gewerkschaftsführer getan, um die Erwerbslosen in den Produktionsprozess einzuführen? Gar nichts, nie haben sie auch nur einen kleinen Teil ihrer Macht zu einem solchen Streben verwendet. Betrachten wir aber den Verlauf der Unterstüßungsgeßgebung für die Erwerbslosen, dann sehen wir sofort ganz klar, daß die SPD- und Gewerkschaftsführer die Erwerbslosen schändlich betrogen haben.

Schon vor dem Kriege war der Massenbewußten Arbeiterkraft klar, daß eine weitgehende Unterstützung der Erwerbslosen herbeigeführt werden mußte, um die arbeitslos gewordenen Proleten nicht in die Rolle der Vorkindredr drängen zu lassen. Deswegen war vor dem Kriege schon die Forderung:

Ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen zu Lasten der Kapitalisten.

Eine Versicherung, mit gleichzeitiger Beitragsleistung vom Arbeitslosen, wurde von den Arbeitern abgelehnt.

Auf dem Internationalen Sozialistenkongress in Kopenhagen 1910 wurde eine Entschließung niedergelegt, in der es heißt:

„Der Kongress fordert von den öffentlichen Gewalten die von den Arbeiterorganisationen vermittelte, allgemeine obligatorische Arbeitslosenfürsorge, deren Kosten die Besitzer der Produktionsmittel zu tragen haben.“

Die „Durchführung“ dieses Beschlusses kennzeichnet am besten das Verhältnis der SPD zur Erwerbslosenfrage, aber auch das Verhältnis der Sozialdemokratie zu den Grundgesetzen, die einst in dieser Partei lebten. Vor dem Kriege gab es denn auch schon eine ganze Anzahl Städte, die eine Erwerbslosenfürsorge eingeführt hatten, ohne daß die Arbeiter Beiträge zu zahlen oder Rückzahlungen zu leisten hatten.

Die Unternehmer fanden selbstverständlich von jeder jeder Erwerbslosenunterstützung ablehnend gegenüber. 1913 erklärte sich die „Bereinigung Deutscher Arbeitgeber“ gegen jede Unterstützung oder Zuschußgewährung. Bei Ausbruch des Krieges, als die Erwerbslosigkeit eine Massenerscheinung wurde, schuf man die Kriegswahlfahrtspläne. Schon in diesem Geß nahm man die Bestimmung auf, daß nur dann Unterstützung gezahlt werde, wenn der Empfänger „arbeitsfähig“ und „arbeitswillig“ sei. Nach Beendigung des Krieges führte man, in Angst um den Bestand der Herrschaft des Kapitals, unter dem Druck der revolutionären Massen, die kapitalistische Erwerbslosenfürsorge ein. So bestand zwar eine Regierung der Volksbeauftragten aus Sozialdemokraten und Unabhängigen, aber jene Forderungen des kopenhagener Kongresses wurden nicht durchgeführt. Die Erwerbslosenfürsorge blieb Demobilisierungsmassnahme, die Befehlshaber wurden nicht zur Zahlung herangezogen. Die Verwaltung wurde nicht den Arbeitern übertragen, sondern blieb in den Händen einer besonderen Bureaufkratie.

Als im Herbst 1923 die Bourgeoisie nach dem Verbot der RPD, dem Reichswehrmarsch in Mitteldeutschland, den Aufbau auf lokalem Gebiet begann, vollführte sie auch den Angriff auf die Erwerbslosenfürsorge. Die Handhabe erhielt die Bourgeoisie auf Grund des Ermächtigungsgesetzes. Hierauf geföhlt, erteilte die Regierung am 15. Oktober 1923 und am 16. Februar 1924 Verordnungen, durch die der Grundgesetz der allgemeinen staatlichen Erwerbslosenfürsorge aufgehoben wurde.

Die Unterstützungsdauer wurde begrenzt, Karenzzeit eingeföhrt, ebenso Beitragspflicht. Das waren die Verbote der jetzigen Erwerbslosenversicherung. Für dieses Schandgeß, das Tausenden von Arbeitern die Unterstützung raubte, machten die SPD- und Gewerkschaftsführer eine wilde Propaganda. Sie logen dabei den Arbeitern vor, daß die Unternehmer gegen dieses Geß seien, es betäupfen. Gerade das Gegenteil ist aber richtig. Im Reichstag erklärte der Vertreter der Unternehmer, Rademacher:

„Ich will auf die Einzelheiten dieses Entwurfes nicht weiter eingehen. Ich halte ihn insgesamt, wie ich bereits ausführte, für eine mutige Tat und für einen Schritt, der von jedem Gesichtspunkte aus zu begrüßen ist.“

Die Erwerbslosen haben die Folgen dieser mutigen Tat der Bürgerblockregierung im Interesse der Unternehmer schon deutlich genug zu fühlen bekommen. Das Geß ist ausschließlich im Interesse der Kapitalisten geschaffen. Denn das ist doch klar, nur ein Geß, das einen bestehenden Zustand verbesserte, wäre im Interesse der Arbeiter. Die SPD hat aber geradezu nach diesem Geß gerufen. Am 19. 3. 26 forderte der Vorwärts, daß das Geß endlich in Angriff genommen werde. Aber noch mehr. Neben den von im oben aufgezählten Verschlechterungen brachte das Geß den brutalen und unerbitterten Abbau der Unterstützung. Seine Staffellung nach Lohnklassen. Die SPD forderte insgesamt 12 Klassen. Dabei waren sich die SPD-Führer vollständig bewußt, daß die Kapitalisten die Staffellung einföhren, weil die bisher gewährte Unterstützung in man-

chen Gegenden die schamlose Ausbeutung der Arbeit hemmte. Der Vorwärts schrieb am 20. April 1926:

„Der Uebergang zur Lohnstaffellung ist ein Fortschritt, weil er reinere und klarere Verhältnisse in der Unterstützung schafft und gelegentlich besonders in Ost- und Süddeutschland vorgenommene Lohnüberschreitungen beseitigt.“

Die schändlichen niedrigen Löhne in manchen Gebieten waren für die SPD und Gewerkschaftsführer der Grund, die Staffellung herbeizuföhren. Die geringe Unterstützung sollte niedriger sein wie die Hungerlöhne. Das war nicht Hilfe für die Erwerbslosen, das war Hilfe für die Kapitalisten.

Die Kommunisten allein kämpften gegen dieses Schandgeß. Sie forderten Einheitlichkeit der Unterstützung, ausreichende Unterstützung, Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit u. a. mehr. Die SPD, die keine einzige Forderung der Erwerbslosen ernsthaft unterstützte oder für sie gekämpft hat, die vielmehr den Unternehmern auch in dieser wie in mancher anderen Frage geholfen, versuchte dann, sich mit einem dicken Schwindel herauszureden. Aufhäuser erklärte, das Ge-

ß sei so schlecht geworden, weil die Kommunisten nicht in den Ausschüßungen gewesen seien. Unser Genosse Kädel hat diesen Schwindel gleich zerhackt. Er wies an Hand des Protokolls nach, daß die Kommunisten zu jeder Sitzung anwesend waren. Das aber in der 175. Sitzung nicht in die Beratung eingetreten werden konnte, weil Aufhäuser nicht da war.

Es ist hier nicht der Platz, das ganze Geß zu behandeln, das ist an anderer Stelle genügend geßehen. Jedoch soll noch festgelegt werden, daß bei der Verwaltung nicht einmal die Parität gewahrt ist. Auch hier hat die SPD nichts getan, um die Vertretung der Arbeiter zu vertrittern, von der Selbstverwaltung gar nicht zu reden. Für sie hat nur Toni Sender in der Volksvertretung verlogene Artikel geschriebeben, um die Arbeiter zu täuschen.

Die SPD trägt die volle Mitverantwortung für das Schandgeß der Erwerbslosenfürsorge. Wie die SPD bei diesem Geß die Erwerbslosen betrogen hat, so tut sie dies bei allen anderen Maßnahmen, aber dieses Geß war die entscheidende. Jeder Erwerbslose, der mit offenen Augen die Dinge beobachtet, hat gesehen, daß nur die RPD die Interessen der Erwerbslosen vertritt.

Die Erwerbslosen stimmen am 20. Mai für die Liste 5, die Liste der Kommunisten
Kädel, Kröllch, Gräß,
Olga Köster, Neuhöl.

Die sozialdemokratische Frauenwelt im eigenen Spiegel

Die sozialdemokratische Frauenwelt, dieses schwarz-rot-goldene Blatt der Hausfrau, wurde im März 1924 geschaffen. Die Gleichheit, das von Clara Zetkin begründete und ein Wachsen-lassen im Geiß des internationalen Sozialismus redigierte Blatt, das der Parteivorstand im Sommer 1917 „annotierte“ und für den Kriegsozialismus mißbrauchte, ließ man gleichzeitig ein-

Die Gründung geschah in einem Moment, als die Mitgliederzahl der sozialdemokratischen Frauen rapide zurückging und der Mißerfolg der sozialdemokratischen Werbearbeit auch bei den Wahlen klar zutage trat. Durch Heranziehen auf das Niveau der bürgerlichen Hausfrauen-Beitragung glaubte man, den Einfluß der Sozialdemokratie unter den wertvollen Frauen wieder befestigen zu können.

Die sozialdemokratischen Frauen protestierten bereits auf der Berliner Reichsfrauenkonferenz im gleichen Jahre auf das energische gegen das neue Blatt und verlangten die Weiterführung der Gleichheit. Ihr Protest wurde aber weiter nicht beachtet.

Auf der letzten Reichsfrauenkonferenz im Mai vorigen Jahres nun entließ sich ein lang angekommener Groß der SPD-Frauen in einem ostentativen Gemüth über die Frauenwelt. Hören wir nun diese Stimmen selbst:

Frau Zeis, Breslau:

„Der Sozialismus soll mit einer unauffälligen Tendenz an die Frauenmassen herangebracht werden. Das tut die Frauenwelt aber nicht. Es ist nichts davon zu sehen, daß sie eine Erziehung zur Empörung, zum Kampf, zum Klassenbewußtsein, zur Revolutionierung der Frauen leistet... Beim Modellet kann man glauben, daß von der Existenz eines proletarischen Weltens in die Redaktion der Frauenwelt noch keine Kunde gedrungen ist. Der literarische Inhalt genügt unseren Ansprüchen in keiner Weise.“

Minna Ledenhagen, Berlin:

... es muß das letztemal gewesen sein, daß ein solcher Schwund in der Frauenwelt erscheint, wie „die 1 Tage der Johanne Werth“. Das ist nicht nur von den Parteigenossinnen in Berlin verurteilt worden, sondern auch ausländische Genossinnen haben ihre Stimmen hierüber gemacht.“

Mathilde Warm, Berlin:

Jur Kritik an der Frauenwelt habe ich wenig hinzuzufügen. Die Frauenwelt hat eine Rubrik: Scham und Hans mit Gschmäd. Solange die Sozialdemokratie besteht, betampft sie die Zerföhren der Bevölkerung durch Anpreisung von Nahrungsmitteln, die nur Geschmacksstoffe besitzen. An sich werden die billigen Nahrungsmittel selber vom Proletariat am härtesten konsumiert weil sie für die Klasse des proletarischen Hausalters gerade noch erreichbar sind. Nun wird uns aber in der sozialdemokratischen Frauenwelt ein Küchenzettel präsentiert, der nichts anderes ist, als der Triumph der Täuschung des proletarischen Magens, wenn statt ausreichender und gesünder Ernährung nur Stillehung empfohlen wird.“

Einstimmig wurde auf der Kieler Konferenz eine Resolution angenommen, die die Frauenwelt in der heutigen Form ablehnt und eine völlige Umgestaltung des Blattes im sozialistischen Sinne verlangt.

Ein halbes Jahr nach dieser Konferenz tagte eine Reichsfrauenkonferenz in Berlin, die sich auch mit der Frauenwelt wiederum befaßte.

Die Chemnitzer Volksstimme berichtete, daß hierbei in erster Linie Unzufriedenheit mit Ausbruch kam. Im Vorwärts und in seiner Beilage Die Frauenstimme war das Nicht zu sehen.

Eine Neubelebung der Redaktion ist inzwischen erfolgt. Die „Ante“ Sozialdemokratin Toni Sender hat seit einigen Monaten am Steuer der Frauenwelt und soll sie zum Klassenkampf lenken.

Wir schauen recht scharf hin — können nur beim besten Willen nicht merken, daß das geschieht.

Die völlige Umgestaltung des Blattes im sozialistischen Sinne, die die Kieler Frauenkonferenz forderte, ist nämlich im Rahmen der sozialdemokratischen Politik überhaupt nur ein frommer Wunsch.

Die Arbeiterfrauen, die eine Wegweiserin und Beraterin im Klassenkampf wünschen müssen zum Frauenblatt der Kommunistischen Partei Die Kämpferin greifen.

Das gilt es, in der Frauenweltbewegung der SPD recht nachdrücklich unseren Klassengenossinnen im Lager der SPD klarzumachen und sie zu Parteien zu gewinnen.

Ein neuer Raubzug auf die Arbeiter Achtfache Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise für die 4. Wagenklasse

Die Welt am Abend ist in der Lage, aus einer geheimen Denkschrift der Reichsbahngesellschaft, die sich mit der geplanten Tarifserhöhung befaßt, Auszüge zu veröffentlichen, nach denen die Reichsbahngesellschaft in Kürze ungeheure Fahrpreiserhöhungen plant, die vor allen Dingen natürlich die Arbeiterschaft betreffen sollen. Nach den Ausstellungen der Welt am Abend ist eine Verrentenarbeitsserhöhung von rund 25 Prozent zu erwarten, die in zwei Etappen durchgeführt werden soll. Vorerst will man alle Tarife um 10 Prozent erhöhen und später nach der Einführung des Zweiklassen-systems soll eine weitere Steigerung der Fahrpreise um 15 Prozent vorgenommen werden. Um die 250 Millionen, die durch die Tarifserhöhung ausgebracht werden sollen, herauszuföhren, soll der Güterverkehr 100 Millionen (dies wird sich sofort durch eine Verteuerung der Massenverbrauchsartikel bemerkbar machen), die vierte Wagenklasse 80 Millionen und die dritte, zweite und erste Klasse zusammen aber nur 10 Millionen erbringen. Demnach will die Reichsbahngesellschaft die vierte respektive Proletarierklasse achtmal so stark erhöhen wie die drei anderen Klassen, die vornehmlich die Bourgeoisie beföhren, zusammengenommen. Dies soll durch die zunächst 10prozentige Tarifserhöhung erreicht werden. — Um dann weitere Hunderte von Millionen zu

gewinnen, will man baldigst das Zweiklassen-system einföhren. Die Einführung desselben soll wiederum zum größten Nachteil der breiten Arbeiterschaft und zum Vorteil der bessergestellten Schichten und vornehmlich der Bourgeoisie geschehen. Damit nämlich die Massen nach der Einführung des Zweiklassen-systems den „Vorteil“ genießen, in der dritten Klasse fahren zu dürfen, bezahlen sie 25 Prozent des jetzigen Fahrpreises der vierten Klasse mehr. Die Reisenden der dritten Klasse, die in die Volkertklasse überbedeln, lassen diesen Aufschlag umsonst erhalten. Die Reisenden der 2. Klasse aber, die nur in bourgeois Kreisen zu finden sind, erhalten sogar ein Geschenk, indem sie billiger als bisher fahren, den der Volkerttarif beträgt nur das 11/2 fache des Hartkassentariers.

Die Arbeiterschaft muß auch aus diesen Plänen der Reichsbahnerverwaltung die notwendigen Schlußfolgerungen für ihre Stimmabgabe am 20. Mai ziehen. Auch eine eventuelle Koalitionsregierung im Reiche mit Einfluß der Sozialdemokraten wird diesen Plänen der Reichsbahnerverwaltung, die die Arbeiterschaft aufs neue ungeheuer belästigen, und die Bourgeoisie weitgehend schonen, ihre Zustimmung geben. Deshalb — wer gegen den neuen Raubzug der deutschen Bourgeoisie auf die Tasche der Arbeiter ist, — wähle die RPD.

Rechtsbruch

Erfämpft die Freilassung von Max Höls

Am Freitagabend fand eine öffentliche Versammlung statt, in der die Vertreter des Genossen Max Höls, Dr. Apfel und Felix Halle, einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge gaben, die zur Niederlegung des Freie-Prozesses führten. Ernst Toller war gleichfalls erschienen und gab folgende Erklärung ab:

„Der Antrag des Oberreichsanwalts Dr. Vuther ist derartig einseitig und endgültig, daß man dem Verfasser nicht mehr den guten Glauben der Einreichung eines derartigen Schriftstückes zugehen kann. Ich erhebe gegen ihn und die Richter, die ohne ernsthafte Prüfung des Wiederaufnahmeantrages im Falle Höls, insbesondere ohne Vergleich der im Wiederaufnahmeantrag zitierten Äußerungen mit den von dem Oberstaatsanwalt in diesem Antrag zitierten, ihren Beschluß gefaßt haben, den Formars der Rechtsbeugung.“

Ernst Toller führte dann noch aus, daß er diesen Vorwurf bewußt erhebe, um eine gerichtliche Verhandlung zu erzwingen. Vergeht nicht, daß die SPD die Schuld daran trägt, daß Höls noch nicht amnestiert ist. Sie hat die Amnestie verhindert.

Ein Demokrat trägt die Schuld am Justizmord

Wie die Welt am Abend mitgeteilt weiß, war es der ehemalige demokratische Justizminister Hübner, der im Jahre 1923 in Wiesbaden die Begnadigung des russischen Landarbeiters K a l u s o w i t z, der befanntlich unschuldig hingerichtet wurde, abgelehnt hat.

REICHS-TREFFEN DES RFB
Pfingsten 1928 in Berlin
Arbeiterinnen, Arbeiter, Beamten, Angestellte, alle Beteiligten auch an dem Anmarsch der roten Klassenfront gegen Imperialismus und Krieg, Faschismus und Bürgerlockkultur!



Freiberger Wohnungsstandal

„Hier wird gebaut mit Verstand...“

Schon wiederholt mußten wir zu dieser Frage Stellung nehmen, ohne daß bisher zu bemerken war, daß der Rat die größten Mängel abgestellt hätte. So stellen wir fest, daß der Architekt Ederi mit allen Registern die Wohnungswirtschaft verhöhnt. Trotz dieser feststehenden Tatsache unternimmt aber beileibe nicht etwa das Wohnungsamt Zwangsmassnahmen gegen diesen renitenten Hauspächter, sondern im Gegenteil, Herr Ederi erfreut sich des größten Entgegenkommens. In zwei bei dem Herrn leergewordene Wohnungen kamen nicht die dringlichsten Wohnungslöser, sondern die vom Herrn Ederi gewünschten hinein. Auch in die jetzt wieder leerstehende Wohnung sollen nicht langjährige Freiberger Wohnungslöser, sondern ein von auswärts zugewandter Portier des neuen A.C.G. Betriebes (früher von Fa. Priesprich angefangenes Kabinettgeschäft) nach den Wünschen des Herrn Ederi die Wohnung erhalten, dieselbe Wohnung, wo der Herr einen Freiberger Einwohner aus Nachfolger wieder räumen ließ. Aber nicht nur diese Fälle spotten jeder Beschreibung. Ein noch größerer Standal ist die Frage des Umbaus in der Bergstrasse 14; jenes Haus, wo wir voriges Jahr berichteten; daß inmitten von Hundehütten Wollentrichter gebaut würden, und wo eben der Herr Ederi am Baugerüst den Spruch angeheftet hatte: „Hier wird gebaut mit Verstand, und nicht verstedelt Geld und Land“ wurde vor fast zwei Jahren leergestellt und steht nun heute (seit reichlich 1/2 Jahr) unterfütig da, weil scheinbar das Geld alle geworden ist. Die früher dort wohnenden 4 Mieter sind in anderen Wohnungen untergebracht. Die zu dem Umbau gegebenen städt. Mittel sind verbaut, und trotz „Bauen mit Verstand“ sind Erziehungswohnungen nicht erstellt worden. Herr E. wird sein Schädel geschoren haben und der ehemalige Besitzer Zimmerer Diebel wird wahrscheinlich Hausbesitzer gewesen sein. Aber das Wohnungsamt Freiberg steht von diesem Standal nichts. Wann, Arbeiter, werdet ihr einmal erwachen und derartige Wirtschaft durch euer Veto unmöglich machen, wie lange wollt ihr solche Zustände noch dulden? Wählt am 20. Mai Liste 5: Kädel, Fröhlich, Graf!

Ettlichkeitswächter in Freiberg

Neuer die verderbte Welt, über die verkochte Jugend von heute hört man täglich im bürgerlichen Blätterwald, und nicht zuletzt im Freiburger Anzeiger, ertönen. Nur über nachfolgenden, schreienden Standal hört man nichts: Eine Frau K. wohnt seit 20 Jahren in Freiberg und wird von den herrschenden Gewalten Freibergs als dem männlichen Geschlecht zu gut getan beschützt. Selbige ging nun vor zwei Jahren ihrer bis dahin innegehabten Wohnung Dampfgasse 3, infolge Verfallensurteils verlustig und wurde in einer Normwohnung in den Baracken untergebracht 1927 bezog sie (nach Ansicht der städt. Verwaltung) das Verbrechen, die Geliebte ihres Sohnes in ihrer Normwohnung aufzunehmen. Darauf erfolgte Zustellung des Polizeiamtes Freiberg dahin gehend, daß sie innerhalb 14 Tagen die Aufgenommene auf die Straße setzen solle, andernfalls sie selbst auf die Straße gesetzt würde. Selbige wandte sich hierauf beschwerdeführend an die Reichshauptmannschaft, die ihr erklärte, daß der Rat zu Freiberg nicht zu dieser Maßnahme berechtigt sei. Des lieben Friedens willen wurde ihr jedoch angetragen, doch die künftige Schwiegermutter herauszulassen, dem sie auch nachkam, und was sie dem Polizeiamt mitteilte. Hierauf wurde ihr bedeutet, daß sich dadurch die Sache ändere, worüber sie noch Beschwerde einlegte. Statt eines Bescheides jedoch erschien eines Tages, am 24. Februar, früh die Polizei mit städt. Arbeitern und räumte zwangsweise die Wohnung — ohne jede gerichtliche Klage und ohne diesbezügliches Urteil. Seit dieser Zeit nun muß die Betroffene sich abwechselnd herumtreiben. Ob damit die Polizeibehörde Freibergs nun etwa glaubt, daß sich bei der (nach polizeilicher Behauptung: fittlich haltlosen) Frau die Ansichten über Sitte und Moral zum Besseren wenden? Wir glauben dies jedenfalls nicht, wüßten wir uns allerdings darüber weiter nicht, seitdem wir wissen, daß in Freiberg alle abgearbeitete Leute als „altentfandig arbeitslos“ bezeichnet werden.

Die Kommunisten — Die Feinde der Arbeiter

Pirna. Frau Seifert sprach durch den Lautsprecher auf dem Markt. Ihre stärkste Weisheit war: „Die Kommunisten sind der Feind der Arbeiter.“ Bei diesem Satz bleibst natürlich unsere Vorbemerkung zur Mainotiz voll aufrechterhalten.

Wir wollen uns nur der Vogil wegen einige Bemerkungen zur Wissenschaft der Frau Seifert erlauben. Warum verurteilt die SPD die Kommunisten? Weil sie die Ausbeutung und Lohnpolitik der Kapitalisten bekämpfen. Warum steht denn die SPD mit den Kapitalisten in einer Front gegen die Kommunisten?

Sind denn die Kapitalisten seit dem Bündnis mit der SPD auf einmal Freunde der Arbeiter geworden? Wenn dies die SPD behaupten will, so würde auch verständlich, daß die Kapitalisten mit ihren Staatsverrichtungen wie Post, Tel., Luftz. usw. die Kommunisten verfolgen. Sie wollen demnach als Freunde der Arbeiter vor den Kommunisten, den Feinden schüßen! Holt, ich muß aufhören, so wie es mir geht, wird es sicher allen Arbeitern gehen, die ein klein wenig über den Quatsch der Frau Seifert nachdenken. Die Arbeiter werden aber auch im Laufe der Zeit erkannt haben, wer ihre wirklichen Freunde und Feinde sind.

Wer also der Frau Seifert glaubt, dem ist nicht zu helfen. Die Klassenbewußten Arbeiter aber wählen die Feinde der Kapitalisten und ihre wahren Freunde: die Kommunisten. Liste 5. Das ist ihre Antwort an die Frau Seifert.

Pirna. „Das ist nicht hier, da müssen Sie sich an die Kommunisten wenden.“ Mit diesen Worten fertigte vorige Woche der Sekretär des hiesigen A.C.G. Herr Höpner, einige Arbeiter ab, die sich bei ihm erkundigten nach einer Nachzahlung für Krisenfürsorgeempfänger. Scheinbar sind Sekretäre nur für wohlbestellte Arbeiterattributionen da. Arbeitslose haben dort nichts verloren. Euch können nur die Kommunisten helfen, denn die Arbeitslosen haben sicher nach Meinung von Höpner ebensomenig eine Zukunft wie die kommunistische Partei nach der Volkszeitung. Aber Höpner hat recht, die Arbeitslosen haben tatsächlich nichts von diesen Reuten zu erwarten, die nur den kapitalistischen Gesundheitsprophet nach ihrer Meinung hindern. Wie sagt doch ein Signoth seines Zeichens sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter: „Die Arbeitslosen gehen der Arbeit mit Ueberlegung aus dem Wege.“ Wendet euch nach dem Rat des Gewerkschaftssekretärs Höpner, an die Kommunisten, ihr Arbeitslosen, in allen Fragen und gebt der SPD die Antwort, indem ihr am 20. Mai Liste 5 wählt!

Die „Internationale“ unter weißer Fahne

Radeberg. Wer am Donnerstag früh die Oberstraße vor sich, sah schon von weitem, daß die Fa. Siemens u. Halske mit einem Groß-Auto bestand, und Klänge machte, wahrscheinlich für ihre Erzeugnisse. Wenn man sich die ganze Sache dann näher beschau und anhörte, erkannte man, daß es das Großpfeifer (Versehung Großlautsprecher-) Auto der SPD war.

Ob — SPD, wohin bist du gekommen? Bist am Motor eine weißgrüne Kadenz, an beiden Seiten je ein Platz. Wählt Liste 1! Alles übrige Klänge für die Schachtel-Arbeiter-Siemens u. Halske. Die weitere Vermählung des Autos haben und drüben Siemens-Lautsprecher. „Werder Rundfunkteilnehmer!“ Einige Anreden durch Lautsprecher waren überhaupt nicht zu verstehen. Eine war nur zum Teil verständlich und um Schluß die „Internationale“. Stolz wachte die weißgrüne Kadenz am SPD-Auto, als es davonfuhr. Man fragt sich nur noch: Bezahlte die SPD Geld für das Auto an Siemens oder muß Siemens Geld bezahlen an die SPD für die Klänge der Firma. Sogar der SPD-Mann Hans Bräuner hatte die Situation richtig erkannt, als er zu einem unserer Genossen mit Hinweis auf das Auto sagte: „Ein Kräftel für die Arbeiter!“ Proleten, Erwerbslose, wollt ihr dieser Partei des permanenten Arbeiterverrats eure Interessenvertretung anerkennen? Denkt an die Arbeitslosenversicherung des Werk der SPD. Denkt an eure Stempelkarte, die euch freitags in die Hand gedrückt werden! Am 20. Mai haltet Abrechnung! Das Kreuz in Liste 5!



Frauen-Rundgebung

bestehend in Musik, Theater-Aufführung und Ansprache am Mittwoch, dem 16. Mai, 19.30 Uhr in Voloers Vereinshaus, Blasewitz, Tolkewitzer Straße (Linien 1, 2 und 18). Roter Frauen- und Mädchenbund, Abteilung 3 (Strießen)

Gerichtsurteil gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Bauzen

Wer die Wahrheit denkt,
Der muß schon den Fackel im Bügel haben.
Wer die Wahrheit spricht,
Der muß statt der Arme Kitzel haben.
Und doch sagt Mirza-Schaffy:
Wer da lügt, muß Bügel haben!

Am Dienstag dem 8. Mai fand vor dem Schöffengericht die Verhandlung gegen die gesamte kommunistische Stadtverordnetenfraktion statt. Aber den Anlag haben wir bereits berichtet. Vorsitzender war Amtsgerichtsrat Dr. Großmann. Als Schöffen fungierten ein Waldmeister und der sozialdemokratische Bürgermeister Mulanitz von Döberitz. Die Anklage vertrat der Staatsanwaltschaftsjektor Dr. Mann.

Bei Verlesung der Vorstrafen protokollierten die Angeklagten und bezeichneten jene Urteile als „Klassenurteile“. Andere Genossen beantworteten das neueste Machwerk moderner Justiz mit verständlichem Schweigen. Alsdann verlas Genosse Schulz im Auftrag der Gesamtfraktion eine scharfe Erklärung, in der es u. a. heißt:

„Die Justiz des herrschenden Großkapitals, sagt uns an den ehemaligen Kriegsgesetzgeber Dr. Müller einen „willkürlichen Klassenrichter“ genannt zu haben. Die Justiz, die jeden, der vor ihr erscheint, anfordert, die Wahrheit zu sagen, wird uns wieder einmal verurteilen, weil wir die Wahrheit sagen.“

Dieselbe Justiz, die den 2fachen Mordmörder Oberleutnant Marlow freisprach, die den Landgerichtsrat Jürgens wieder zu ihrer „Elite“ zählt, die monatliche Vergewaltiger und Mordbuben unbestraft läßt, aber gleichzeitig die Republik schließt, wenn sie von links als die Tyrannie des Großkapitals entlarvt und bekämpft wird, dieselbe Justiz, die uns, die Vertreter der Unterdrückten und Ausgebeuteten, seit Jahren verfolgt und ins Gefängnis wirft, sie hat uns schon wieder vor ihre Schranken gerufen. Sie wird uns heute richten in eigener Sache und sie wird die Stirn besitzen, ihr Urteil „unparteilich“ zu nennen!

Warum haben wir den Dr. Müller einen willkürlichen Klassenrichter genannt? Weil er dem Wunsch des reaktionären Bauener Stadtrates, die Gen. Horstmann und Schulz zu verurteilen, entgegenkam hat. Weil er für die damalige Verhandlung ganze 25 Minuten vorgelesen hatte. Weil er die Gen. Horstmann und Schulz in ihrem Verteidigungsrecht behinderte. Weil er dieselbe politische Bestimmung hat, wie der reaktionäre Bauener Rat und seine Hiere, Dr. Förster. Weil er in Dresden vor dem Amtsgericht den Dr. Förster als „geschickten und schlagfertigen Gegner der Kommunisten“ pries und hiermit seine parteiliche Gesinnung selbst an Gerichtsstelle bezeugt hat. (Siehe Bauener Tagblatt vom 18. 4. 23.) Und schließlich, weil sein Urteil gegen die nationalsozialistische Zeitlerin der Edert-Eiche im Vergleich zu dem Urteil gegen unsere Genossen jedem zeigt, was mit Dr. Müller los ist, nur dem achtsichtig blinden nicht.

Die Belegschaft der Gussstahl-Zieherei Dohna

spendete für den Wahlfonds der kommunistischen Partei 25 (fünfundzwanzig) Reichsmark!

Arbeiter in den Betrieben! Macht's nach! Denkt daran, daß in allen Arbeitskämpfen die kommunistische Partei trotz Hehe und Verleumdung unentwegt eure Kampfzwecken vertreten hat! — Steht zur SPD! — Zeichnet auf ihren Wahlfonds!

Wählt Liste 5, Kommunistische Partei.

Kriminal. Im amtlichen Teil der vorliegenden Nummer befindet sich eine Witze des Schulkameras an die Eisenbahn-Kriminalpolizei. Entbehrlich geworden Bücher ihrer Kinder den Schulleistungen zur Verfügung zu stellen, damit diese die Bücher Kinder unheimlicher Eltern überlassen können. Die Beschaffung von Büchern ist für eine große Anzahl Eltern sehr. Hierin eine ziemliche Sorge. Es ergeht daher auch an dieser Stelle an die Eisenbahn die Bitte, die Bücherstände ihrer Kinder auf entbehrlich gewordene Bücher hin durchzusehen und diese dem Schulleistungen zur Verfügung zu stellen.

Jilina u. Uma. Die Arbeiterdachvereine Döberitz und Hainwalde gründeten am 5. Mai eine Spielgemeinschaft und halten ihre Spielabende Sonntags im Schweizerhof in Döberitz ab. Freunde und Gönner des Schachspiels und solche, die es erlernen wollen sind immer herzlich willkommen. Anschrift: Spielgemeinschaft Hainwalde-Döberitz, 3. D. Fritz Klein, Döberitz, Bergstraße 415 a.

Ortslistenverzeichnis. Von dem bei der Oberpostdirektion Leipzig bearbeiteten Verzeichnis sämtlicher Ortschaften des Freistaates Sachsen und der zu den Oberpostdirektionsbezirken Leipzig und Chemnitz gehörenden Teile des Freistaates Thüringen ist ein Neudruck der Auflage 1924 unter Aufnahme der Nachträge erschienen. Das Werk enthält zu sämtlichen Ortschaften, Orten, Abhalten, Einzelgehöften, Ansiedlungen usw. Angaben über ihre Zugehörigkeit zu Amtshauptmannschaft (Kreis), Amtsgerichtsbezirk und Justizpostamt, und gibt Auskunft über die Gliederung der Reichs- und Staatsbehörden, die Einteilung der Gerichtsbezirke und die Einwohnerzahlen der Stadtgemeinden. Es dient zur richtigen Bezeichnung des Bestimmungsortes auf Postsendungen und bildet ein unentbehrliches Nachschlagewerk für Behörden, Banken, Firmen, Vereine usw. Das Ortschaftenverzeichnis einschließlich der Nachträge, die regelmäßig geliefert werden, kostet 4,50 RM. Bestellungen werden von allen Postämtern und den Justizstellen angenommen.

Der staatliche Kraftwagenverkehr im Sommer 1928. Der neue Sommerfahrplan der staatlichen Kraftwagenlinien bringt die Fahrpläne von 13 neuen Kraftwagenlinien, die am 15. Mai mit Beginn des neuen Sommerfahrplanes in Betrieb genommen werden, und zwar: Rad Elster — Bad Brambach; Bad Elster — Plauen; Zwickau — Reichenbach; Augustsburg — Rötha; Geyer — Jöhann; Aue — Wolkstein; Bienenmühle — Pfaffroda; Katalin (Stadt) — Jüttgen; Pirna — Bittkau; Bismarckstraße — Reulitz-Spremberg; Jüttgen — Markersdorf; Bernsdorf — Hirschfeld; Dippoldswalde — Hartmannsdorf. Außerdem ist im neuen Sommerfahrplan der Fahrplan der Linie Treuen — Reichenbach enthalten, deren Inbetriebnahme in Kürze zu erwarten ist. Die neuen Linien Plauen — Bad Elster, Zwickau — Reichenbach und Bismarckstraße — Reulitz-Spremberg werden als Eillinien aufgemacht; sie werden außerordentlich wichtig für die Befriedigung der Verkehrsbedürfnisse der betreffenden Gegenden. Weiter ist auch die bereits bestehende Kraftwagenlinie Bauzen — Kamenz in eine Eillinie mit bedeutender Verbesserung der Fahrzeiten umgewandelt worden. Sie schließt sich an die bereits bestehende Eillinie Dresden — Königsbrunn — Kamenz an, so daß eine durchgehende Schnellverbindung Dresden — Bauzen über Königsbrunn geschaffen worden ist. — Die Fahrpläne der staatlichen Kraftwagenlinien erscheinen wieder gemeinsam mit den Fahrplänen der Kraftwagenlinien der Oberpostdirektion Dresden, Leipzig und Chemnitz in einem Buche am 15. Mai.

Neue Kraftpostlinien. Am 15. Mai werden folgende Kraftpostlinien eröffnet: Dresden — Stolpen — Reusdorf — Schönitz (Eillinie) Bautzen — Mittel. Am selben Tage wird der Betrieb folgender Sommerkraftpostlinien wieder aufgenommen: Schmiedeburg — Hermsdorf; Reichenbach — Hermsdorf; Reichenbach, Frauenstein — Hermsdorf; Reichenbach, Königstein — Cunnersdorf; Reichenbach, Königstein — Cunnersdorf. Der Betrieb der Sommerlinie Reichenbach — Mügeln kann erst nach Fertigstellung der Straßenbauarbeiten wieder aufgenommen werden. Das Fahrplänchen sämtlicher Kraftwagenlinien in Sachsen ist vom Montag dem 14. Mai ab bei den Postämtern, Betriebsleitungen und Wagenführern zu haben.

Wenn der Rat und die Klassenjustiz sich einbilden, uns einschütern zu können, so sind sie einem lächerlichen Jettum verfallen. Kein Urteil — und sei es noch so groß — wird uns davon abhalten, am Sturze des verbrochenerischen Kapitals und seiner feilen Knechte zu arbeiten. Die Klassenjustiz aber möge wissen, daß das arbeitende Volk die nächste Revolution nicht unter sozialdemokratischer, sondern unter kommunistischer Führung vollziehen wird. Es wird dann nicht — wie 1918 — den reaktionären Justizapparat unberührt lassen, sondern es wird ihn zerschlagen, seinen eigenen an dessen Stelle setzen und von seinen ehemaligen Henkern Rechenschaft fordern. Der 20. Mai wird dazu ein Vorpostengefecht sein!

Da wir wissen, daß vor dieser kapitalistischen Justiz jedes Wort der Verteidigung muede ist, verlassen wir zum Zeichen des Protestes den Gerichtssaal.

Nieder mit der Klassenjustiz!
Nieder mit dem Großkapital!
Es lebe die Herrschaft der Werktätigen!

Diese geharnischte Erklärung, die in knappen aber treffenden Worten der deutlichen Justiz die Waage vom Gesicht reißt, war die einzig richtige Antwort, die man diesen Gralshütern der „Gerichtlichkeit“ geben kann. Ihr Ergebnis war: totale Bestürzung am Richtertisch, lebhafteste Zustimmung im Parteibüro der Justizräum.

Die Angeklagten verließen hierauf den Gerichtssaal. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verkündete dann, daß es ohne Angeklagte weiterverhandeln werde. Es wurde bekanntgegeben, daß Dr. Müller am 20. Januar gegen Genossen Horstmann und am 10. Februar gegen die übrigen Genossen Strafantrag gestellt hat. Da Dr. Müller in der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Januar nicht selbst anwesend war und die Tagespresse den zur Anklage stehenden Sach nicht veröffentlicht hatte, beweist dies die innige

Zusammenarbeit zwischen Rat und Justiz im Kampf gegen die Kommunisten

Nach Verlesung des amtlichen Protokoll der seinerzeit von Dr. Müller geführten Gerichtsverhandlung und der am 26. Januar von unserer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung abgegebenen Erklärung, die dem Gericht vom Stadtrat zugestellt worden ist, ergreift der Staatsanwalt das Wort zur üblichen Anklage. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verkündete dann „im Namen des Volkes“ nachstehendes Urteil:

Horstmann und Wenzel je 120 RM Geldstrafe,
Schulz 100 RM Geldstrafe,
Richter 80 RM Geldstrafe.
Im Nichtertrittungsfalle treten an Stelle von 10 RM je 1 Tag Haft. Richter erhält 3 Jahre Bewährungsfrist.

Dies ist die vierte Verurteilung aus ein und derselben Angelegenheit heraus!

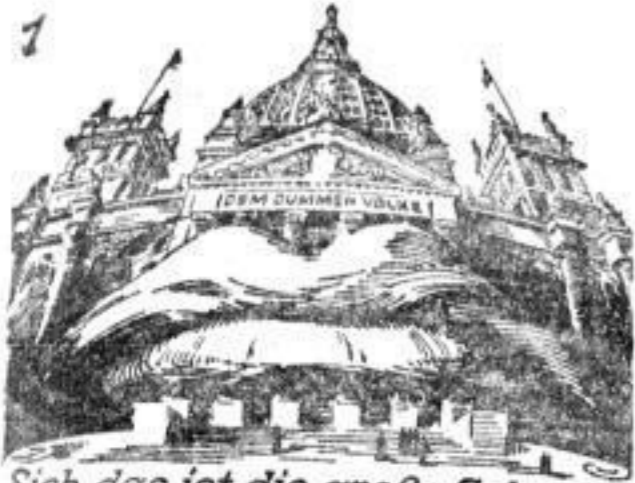
(2 Prozesse gegen die Genossen Horstmann und Schulz, 1 gegen die Arbeiterstimme, und jetzt der Prozeß gegen die gesamte Fraktion)

Gedenken Dr. Förster und seine einflussreichen Freunde auch weiterhin die Weisheit der Klassenjustiz zu schwingen? Mögen sie! Die Kommunisten lassen sich dadurch nicht beirren. Und die werktätige Bevölkerung weiß sehr wohl zu unterscheiden, wo das Recht ist und wo die Macht ist und in welchem einzelnen Fall Macht vor Recht geht.

Die Reaktion fürchtet das Erwachen der Massen, und sie möchte insbesondere verhindern, daß noch mehr Arbeiter als bisher, erkennen, daß das Kapital nur im Kommunismus den Feind, in der Sozialdemokratie aber den Koalitionsbruder sieht. Darum erzt recht

am 20. Mai jede Stimme der kommunistischen Partei! Es muß noch bemerkt werden, daß der sozialdemokratische Schiffe Kulanitz es natürlich nicht für nötig gehalten hat, den Freispruch unserer Genossen zu fordern. Er begnügte sich mit dem Vorhlag einer — Bewährungsfrist.

Die große Schnauze.



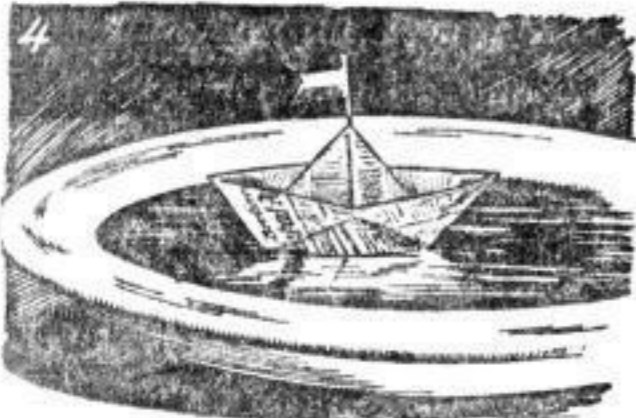
1
Sieh, das ist die große Schnauze,
die uns hat regiert.
Die als Riesen-Futterklappe
nicht mehr funktioniert.



2
Alles, was dem eignen Bauche
schmeckte, ward geklaut
und dabei - so à la Phöbus -
uns das Geld geklaut.



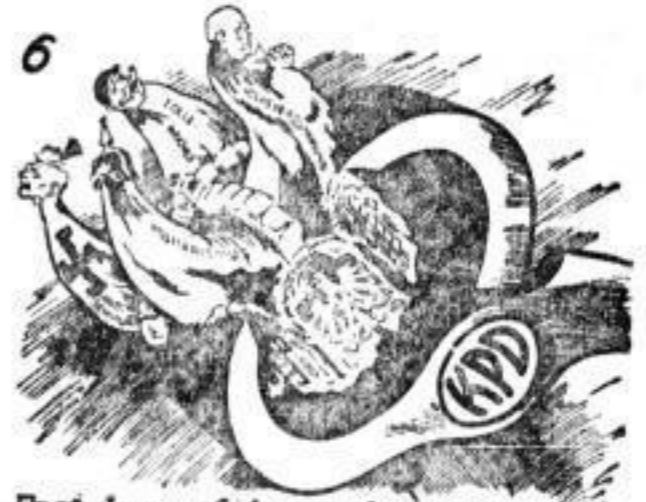
3
Ringsum Schiebung und Skandale,
wie ein Dreckgeschwür.
Doch die Schnauze fraß auch dieses
bei verschloss'ner Tür.



4
Zwischendurch 'n Panzerkreuzer,
schwarzweißrot bewehrt.
Dieses alles zu bezahlen
hungerst du, Prolet! -



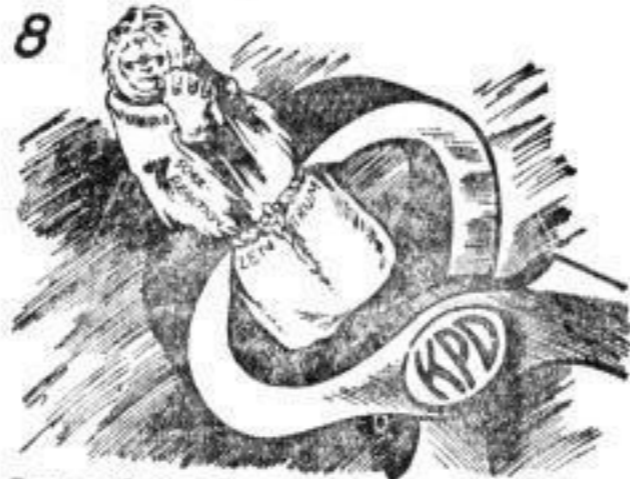
5
Soll die sich von neuem mästen
voller Größenwahn? -
Nimmermehr! - Drum greif zur Zange,
zieh ihr Zahn für Zahn.



6
Erst den auf der rechten Seite,
der verschollten ist.
Rrrrraus damit und dann für immer
schmeiß ihn auf den Mist.



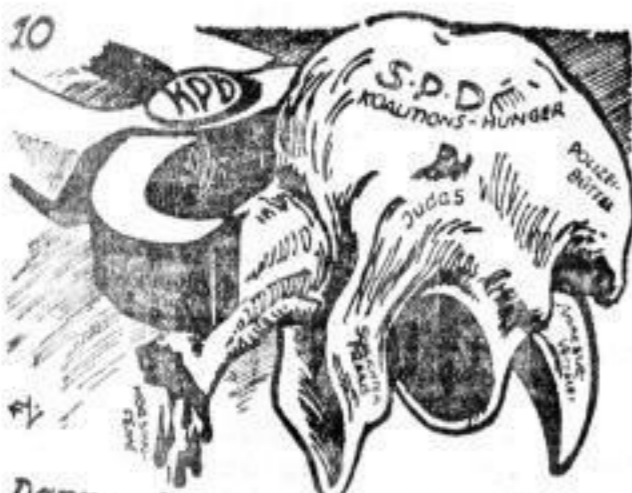
7
Und als zweiten, den daneben,
der mit Gold plombiert.
Weg mit ihm, auf daß die Menschheit
nicht noch mehr verliert.



8
Dann den schwarzen aus der Mitte,
der ist oberfaul.
Angefaßt und rausgerissen
aus dem Sündenmaul!



9
Nunmehr Pinks, zunächst den kleinen,
der als Wackelzahn
nur noch da war und schon lange
nicht mehr beißen kann.



10
Dann zuletzt noch dieses falsche
quergewachs'ne Ding.
Nach dem lange schon die Schnauze
widerwärtig stinkt.



11
Endlich hole aus zum Schwinger
mit genauem Sinn,
und verpasse ihr den Haken
mitten unter's Kinn.



12
Dazu hiefst Du, gehst Du wählen,
was notwendig ist:
K.P.D. und nicht mehr anders.
Werde Kommunist!

Am 20. Mai wählt Liste 5: Kommunisten!

Ausschlussfeldzug im DMB

Metallarbeiter, ihr müßt die Zerstückelung des Verbandes verhindern!

Am deutschen Metallarbeiterverband, der größten Gewerkschaft des Reiches, wird seit Monaten eine fanatische Ausschließungspolitik gegen alle irgendwie als feindlich bekannten oppositionellen Kräfte durchgeführt. Der DMB ist die Gewerkschaft, die im Laufe der letzten Monate die meisten Widerstandskämpfe zu führen hatte. Der starke Einfluss der Opposition hat die Gesamtmehrheit mobilisiert und hat die Voraussetzungen für die gewaltigen Streiks um Lohn- und Arbeitszeitverlängerung geschaffen. Nur widerwillig wird die Verbandsleitung dem Druck der kampfschlüssigen Massen so tam es neben Hunderten von kleineren Kämpfen zu den Kämpfen in Mitteldeutschland, Berlin und gegenwärtig in Sachsen. Diese Kämpfe passen aber nicht in das sozialdemokratische Koalitionsprogramm. Deshalb wird jetzt gerade durch systematischen Ausschluß aller einflussreichen oppositionellen Kräfte die Bedingung für die Durchführung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik und Behinderung von weiteren Kämpfen zu schaffen.

In Mitteldeutschland wurden eine ganze Anzahl kommunistischer Verbandsmitglieder ausgeschlossen, weil sie sich in ihrer politischen Tätigkeit als kommunistische Stadtverordnete nicht den Anweisungen der sozialdemokratischen Verbandsorganisation fügten.

In Oberhausen wurde der Genosse G. I. g. n. ausgeschlossen, weil er ein Flugblatt verbreitete, das die Arbeiter zum Kampf aufriefe gegen die Metallindustriellen und die Schlichtungsarbeiten des Reichsarbeitsministers und SPD-Schlichter Gleichzeitig wurden dort oppositionelle Metallarbeiter ausgeschlossen, weil sie in Mitgliederversammlungen eine Kampfrede einbrachten.

Metallarbeiter!

Schlagt den Reformismus! Verhindert die Spaltung des Verbandes! Protestiert gegen die Ausschüsse! Wählt am 20. Mai Kommunisten! Liste 5!

ten, die den örtlichen Bureaukraten nicht gefiel. Dabei wurde nicht mit Zustimmung des Verbandsvorstandes das Verbandsblatt mit eigenen getrampt.

In Königsberg verlor sich mit dem Spindel und Gewandwerk die Arbeiter unter einer Dutzend arbeitenden Verbandsbureaukraten erneut eine Reihe oppositioneller Kollegen aus dem Verband zu werfen.

Am letzten blühte die Ausschließung in Berlin. Nachdem der Genosse G. I. g. n. mit Hilfe von Spindelberichten, die zweifellos auf demselben Wege zustande kamen wie in Königsberg, ausgeschlossen war, erfolgte Ausschlußanträge gegen ein ganzes Dutzend führender Genossen. Genosse S. a. f. i. w. war das zentrale Ziel, die Genossen S. a. d. e. K. o. r. i. t. e. r. und H. a. n. d. e. r. wurden auf 1. d. m. 1/2 Jahr der Funktionen entbunden. Gegen den Genossen E. n. d. e. r. l. e. ist ein Ausschlußverfahren im Gange, weil er als präsumiertlich Verantwortlicher die rote Fahne geschwenkt hat.

Der Genosse Arthur Gothe wurde am letzten Freitag ausgeschlossen. Als Mitglied der Parteileitung der SPD wurde er vielfach als präsumiertlich Verantwortlicher für die Parteiarbeit und Betriebszeitungen. Auf Antrag des bekannten Fernhändler Krüger bekam er ein Ausschlußverfahren, weil er die Parteileitung der SPD, Brunnenstraße verantwortlich geschimpft hatte. Wegen eines Artikels, in dem nichts weiter als die Tatsachen mitgeteilt wurden, schickte sich Krüger selbst in die Schiedsgerichtsbehandlung war von vornherein zu erkennen, daß die beiden sozialdemokratischen Führer und die sozialdemokratische Parteileitung auf den unbedingten Ausschluß festgelegt waren. Ohne nach der Beweisaufnahme die Meinung der Richter abzuwarten beantragte der Verbandsrat die Ausschließung. Bezeichnend aber ist, daß Bernhard Krüger sich ausgerechnet den ehemaligen Kommunisten und Kämpfern Paul Eckardt als Zeuge erkor.

Wie die Berliner DMB-Bureaukratie noch plant, zeigte der Parteivorstand in der Branchensammlung der Verbandsbureaukraten am letzten Donnerstag; weil ihm der Genosse G. I. g. n. über die Stellungnahme zum letzten Werkzeugmaschinenkongress ungenügend engagiert erklärte Ulrich:

„Es gibt nicht eher Ruhe in der Organisation, ehe nicht alle Kollegen wie G. I. g. n. und andere aus dem Verband ausgeschlossen sind.“

Diese brutale Offenheit, die ausschließungstendenz aller oppositionellen Kollegen war selbst den alten SPD-Kollegen zu hart. Viele von ihnen haben dadurch erst voll erkannt, wie verheerend das Vorgehen der Bureaukratie ist, wie dadurch die ganze Existenz des Verbandes in Frage gestellt wird.

Die Vorgänge die sich gegenwärtig im Metallarbeiterverband abspielen sind ein Warnungssignal für alle Mitglieder. Es geht nicht nur um die ungeschlossenen Personen, es geht um die Interessen der gesamten Metallarbeiterchaft. Deshalb können die Mitglieder, die Metallarbeiter in den Betrieben nicht länger ruhig zusehen. Mit den Ausschüssen sollen nicht nur die führenden oppositionellen Kräfte getroffen, sondern die Kämpfe gegen das Kapital im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik verhindert werden.

Darum müssen die Metallarbeiter in allen Betrieben, in allen Zahlstellen, in allen Verbandsversammlungen gegen die Ausschüsse, gegen die verbandserhörende Bureaukratie Sturm laufen. Durch Massenproteste und Petitionen muß die Bureaukratie an ihrem Zerstückelungswort gehindert, muß der Kampf um die sofortige Wiederaufnahme der ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen aufgenommen werden.

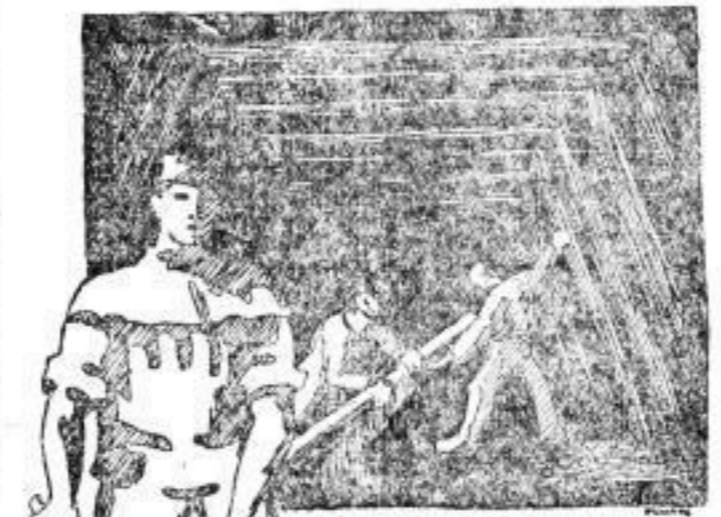
Sowohl, ich bin noch derselbe!

Der alte und der neue Gauleiter im Tabakarbeiterverband

Der Tabakarbeiter Nr. 15 gibt den Ausschluß Gerloffs in folgender Form bekannt: „Aussgeschlossen nach § 13 des Statuts wurde der Zigarrenarbeiter Richard Gerloff (Dresden), geboren am 29. März 1887 zu Halberstadt, eingetreten am 8. Dezember 1903.“

Diese Art der Mitteilung ist ein Meisterstück von Demagogie. Hätte ein kommunistischer Arbeiter sich in geringerer Weise etwas zu schulden kommen lassen, man hätte einen ganzen Zeilenabschnitt darüber geschrieben. So aber wird von einem Zigarrenarbeiter gesprochen. Die Mitglieder des Tabakarbeiterverbandes im Reich, die nicht wie die Dresdner Kollegen durch den Fall genau kennen müssen aber annehmen, daß ein Arbeiter aus dem Verband ausgeschlossen wurde. Beim Lesen dieser Mitteilung steigt ihnen vielleicht ein Bedauern über den Proleten auf, der sich aus Not ein paar Groschen angeeignet hat. Sie können und sollen in auch gar nicht daraus erkennen, daß es ein Gauleiter war, der finanziell absolut sichergestellt war, ein führendes Mitglied der SPD, ein Reformist islamischer Sorte, der rücksichtslos gegen jede Opposition im Verband vorging.

Dieselbe Zerstückelung heug die Dresdner Volkzeitung die die gleiche Notiz erst dann, und zwar ganz verächtlich brachte, als die Arbeiterstimme dazu Stellung genommen hatte. So bedenken sich die Reformisten ebenfalls. Sie haben ja auch Routine darin. Dem Fall Wälzsch, Liebe, Rahmig u. a. schlicht sich würdig die Affäre Gerloff an.



Im tiefsten Schacht

Wirb für Partei und Presse, erinnere an den Wahlfonds!

Einzugungen auf Postkontonto Dresden 262 67 (Otto Gabel)

Streikbrecher in Eßbau

Der Arbeiter Krien, Köhler und Voigt, Oppeln bei Eßbau, arbeiten als Streikbrecher bei der Firma Kumpf, Granitzschke. Da sie sich als Kommunisten ausgegeben haben, haben wir hiermit bekannt, daß keiner von ihnen in der SPD noch einer anderen proletarischen Organisation Mitglied ist. Der Arbeiter Bräuer, Dehio, wird wegen Streikbruch mit sofortiger Wirkung aus dem SPD ausgeschlossen.

Der Betrieb ist unsere Burs

Darum müßt du das Schwergewicht der kommunistischen Aktion in den Betrieb legen. Dabei hilft dir die neue Betriebswahlzeitung der SPD.

Der Kampf. Die Haltung der bürgerlichen Parteien und der SPD zu den wichtigsten sozialpolitischen Gesetzen wird hier dargestellt. Unter besonderer Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Kräfte wird in den verheerendsten Beiträgen die Koalitionspolitik der SPD behandelt.

Die Zeitung enthält eine große Anzahl guter Zeichnungen und Photos. Preis pro Einzelnummer 10 Pfennig. Der Kampf ist zu beziehen von der Arbeiter-Buchhandlung.

Als den Mitgliedern des Tabakarbeiterverbandes das ruhmselbe Abtreten des bisherigen Gauleiters bekanntgegeben wurde, stellte sich auch gleich der Nachfolger — Clement — vor. Die Mitglieder haben ja nicht darüber zu bestimmen.

Natürlich priesen die Freunde Clements der Versammlung dessen besondere Vorzüge in allen Tonarten.

In der Aussprache darüber stellte die Opposition aber mit aller Klarheit die Rechenschaft der verantwortlichen Sozialdemokraten in der Gauleitung fest, die bisher ihren Freund Gerloff mit allen Feinheiten gedeckt haben. Ebenso wurde ganz offen ausgesprochen, daß gar keine Veranlassung vorliege, dem neuen Gauleiter Clement ohne weiteres das Vertrauen zu schenken. Als unter Genosse das begründete

mit der tauzigen und erbärmlichen Rolle Clements in den Jahren 1905 und 1906, und zum Schluß die Erwartung aussprach, daß sich hoffentlich Clement geändert habe, rief dieser ganz falschnützig:

Sowohl, ich bin noch derselbe!

Kann, Herr Clement, wenn Sie es selbst bezeugen, daß Sie noch derselbe sind, wie damals, so dürfen wir also mit Ihrer Zustimmung feststellen, wie der damalige Streikleiter (und nach ihren Worten) auch der heutige Gauleiter Clement in Wirklichkeit aussah.

Der Sozialdemokrat Uhlig, der von 1903 bis 1906 im Tabakarbeiterverband Dresden wichtige Funktionen bekleidete und meist einstimmig von den Mitgliedern dazu gewählt wurde, stellte über Ihre Verlogen folgendes fest:

„Es ist Tatsache, daß über den Streikleiter Clement heftige Klagen geführt wurde, daß er nichts weiter tue, als Kartenspielen, und die Kollegen und Kollegen, die keine Arbeit verrichteten, nicht einmal eine Entschädigung erhielten. Ich war gezwungen, aus diesem Grunde eine Konferenz mit dem Betreffenden zu arrangieren, um diese Angelegenheit beizulegen.“

Das sind recht vertraute Anklagen an die Tätigkeit eines Gerloff, und es ist sehr bedenklich, daß Clement auch noch stolz darauf ist.

Deichmann, der auch heute noch Vorsitzender des Fabrikarbeiterverbandes und neuerdings sozialdemokratischer Bürgermeister in Bremen ist, erklärte dem genannten Uhlig gegenüber:

„Richard, ich glaube, du hast zu den Streikleitern die Dummsten genommen! Es ist geradezu ein Skandal. Der eine ist immer bester, der andere... (hier hat Uhlig den Ausdruck moralisch, weil er ebenfalls sehr stark war — die Red.) und die anderen tun sonst was. Ich werde froh sein, wenn die Geschichte (die Aussprache) darüber ist, bloß um die Vampire (die Streikleiter) loszuwerden! Dann aber hinaus damit.“

Dagegen steht Uhlig:

Deichmann, der auch heute noch Vorsitzender des Tabakarbeiterverbandes ist, erklärte dem genannten Uhlig gegenüber: „Richard, ich glaube, du hast zu den Streikleitern die Dummsten genommen! Es ist geradezu ein Skandal. Der eine ist immer bester, der andere...“

„Aber hat der alte Gauleiter das Wort. Wir sind sehr gern bereit, noch nähere Auskunft zu geben. Die Kolleginnen und Kollegen im Tabakarbeiterverband aber wissen nun, wie man Gauleiter wird. Solange er nicht mit der Opposition gemeinsam gegen die reformistischen Methoden kämpft, werden sie immer wieder die Betrogenen sein. Am 20. Mai aber gilt es, abzurechnen mit der Cliquepolitik der SPD.“

Verantwortliche Redakteure: Dr. Jochen und Augustin; Rudolf Henner; für Verlag: Hermannsches Büro; Gauleiter: Richard Gerloff; für den sozialdemokratischen Parteivorstand: Richard Gerloff; für den sozialdemokratischen Parteivorstand: Richard Gerloff; für den sozialdemokratischen Parteivorstand: Richard Gerloff.

D LASSAGIERE

DER III. KLASSE

ROMAN VON KURT KLÄBER

Fortsetzung 74

Das war eine lustigere Hauerei als die mit den Spindel... „Die Kerle schlotterten wie die Eisen. Wir stellten sie in einer Reihe auf, und jeder bekam ein oder zwei Schläge über die kopfgehogene Hufe. Sie schrien laut und wurdig, und dabei waren sie gleich so gefügig, daß sie leicht verpacken, die Schwarz wieder fortzuschicken, und wir sollten auch unlerne Dollar behalten!“

Der Gedulte schlug sich vor den Kopf. „Und wir Hammel!“

„Was er, waren so fiesegedicht, daß wir ihre Versprechungen für ihre Mühe hielten! Ja, wir lekten uns sogar sofort an die Hände, an denen die Baufrüher gefesselt hatten, und feierten kleinen Sieg. Der Wirt mußte den ganzen Whisky bringen, den er in seinem Hause hatte, und wir tranken, bis wir unter die Tische fielen!“

„Leute!“ freizügte er auf und schüttelte sich, „war das ein Erwachen! Den meisten von uns wurde ein Eimer Lauge über den Kopf gegossen, und als sie die Augen öffneten, sahen sie, daß sie im Hof der Mutter Sicher lagen, und ein paar uniformierte Soldaten legten dicht neben ihnen Kuten in Esig!“

An dem Tag wurde uns beigebracht, daß man mit Verprügeln nicht schon aufhören muß, wenn der Geprügelte schreit. Ja, daß man, wenn man seinen Mitmenschen etwas beibringen will, was ihnen sonst nicht in den Bestand gehen würde, sich lieber die Ohren mit Watte verstopfen soll, als Erbarmen zu zeigen! Denn Schläge wirken erst, spotteten diese Staatsprügler, wenn der Geprügelte mit seinem Geschrei aufhört und überhaupt seinen Ton mehr von sich gibt!“

„Wilt du wenigstens klüger geworden durch die Prügel?“ fragte der Däne.

„So flag.“ antwortete der Gedulte, „daß ich das Bagabundieren angefangen habe und lieber der Arbeit, dem Streik und den Ordnungsprüglern aus dem Wege gehe. Und“, er lachte, „wenn ich wirklich einmal wieder auf diese Höhe gehoben bin wie heute, so habe ich ja zugeschlagen, wie sie es mich gelehrt haben!“

Der Däne schüttelte auf. „Wenn es nur jeder so machet!“

„Bagabundieren?“ fragte der Belgier spitz.

„Rein!“ antwortete der Däne, „anzuschlagen, wie wir selber geschlagen werden!“

„Was müßt es denn,“ jagte er nach einer längeren Pause, in der er die anderen alle angesehen hatte, „wenn wir bloß unsere Häufe zeigen, und sie danach wieder in die Lärche heden. Wir bleiben unter der Fuchtel bis an unser Ende!“

Der Belgier lachte. „Du denkst also, wenn wir die große Trompete blasen, wenn wir selber die Fuchtel schwingen und mit einem Knüttel herumlaufen, dann geht es uns besser?“

„Ja!“ antwortete der Däne.

Der Belgier lachte lauter. „Du hast es doch gerade an deinem Franzosen gesehen!“

„Ja,“ antwortete der Däne, „da laufen sich die Massen seit hundert Jahren die Beine ab, um gewaltiam und mit einem Prügel zu ihrer Freiheit zu kommen; sie sind allerdings schon einige Male in Verlaufs gekommen und haben Könige geföpft und Minister gehängt, aber ehe sie sich richtig auf das Staatspferd setzen konnten, um es nach links zu drehen lief es schon wieder nach rechts. So nach rechts,“ der Belgier machte große Augen, „daß sie heute noch einen Schwimmlüchtigen, der Blut spuckt und der nicht auf seine Genossen schauen wollte, einen Deserteur nennen und ihn in Armlücken heden!“

„Das ist es ja!“ rief der Däne während zwischen die Worte des Belgiers und stemmte sich in die Höhe, „da haben 1790 die Pariser ihren König und den ganzen Schwanz vor adligen und kirchlichen Spießhüben vom Throne gestürzt und gefangen genommen, weil sie ihnen das Reich, das Wehl, das Heind, ja, sogar die Weiber gestohlen hatten und sie haben in ihrer Dummheit und Gutmütigkeit nur so wenige von ihnen geföpft und gehängt, daß so viel übriggeblieben sind, daß ihnen ein Jahr später viele halantigen Stride stehen konnten!“

„Und 1871!“ jagte der Däne genau so wütend, „als diese Armen und Arbeiter wieder ganz Paris und ganz Frankreich in ihren Händen hatten, waren sie noch dummer und aufwichtiger. Sie haben weher gehängt, noch geföpft. Sie haben nichts weiter getan als Manifeste über die nun andredende wirkliche Freiheit und Brüderlichkeit geschrieben, und als sie schließlich ein paar

Bürger erschließen mußten haben sie dabei geheult und sich auf die Brust geschlagen und gesagt sie töteten unfreiwillig, aber die revolutionäre Situation zwinge sie leider dazu.“

„Was hat ihnen diese Gutmütigkeit später eingebracht?“

Der Däne leuchte und mußte tief Luft holen, bevor er weiterreden konnte. „Für den geköpften König sind hunderttausend Arme erschossen oder erschlagen worden und für die andere Sippschaft hat man die ganzen Vorstädte von Paris einlöferte!“

„Und 1871!“ Von den tapieren Kommunisten sind kaum hundert übriggeblieben und für jeden Bürger, der im Straßenkampf in ihre Arnten gelaufen ist, haben die rotfappigen Offiziere ein Duzend Kartätschenladungen in die zusammengetriebenen Arbeiter gefagt!“

Der Däne schweig erschöpft. Der Belgier, der Kuffe und der Gedulte schwiegen auch.

„Ja uniere Gutmütigkeit also besser als ein richtiges Zuschlagen!“ fragte der Erschöpfte noch, nachdem er sich etwas erholt hatte. „Rein,“ antwortete er selber und sah dabei den Belgier an. „und wenn wir nicht ein einziges Mal den Mut aufbringen können wir nie zu unierer Gleichheit und Brüderlichkeit!“

33.

Das Schiff kreuzte vor der tolländischen Küste. Der schwarze, nasse Nebel war verwichunden. Ueber dem Wasser stand tiefrot und übergrah die Sonne. Von England kamen graublau, haushöhe, peisende Wellen.

Die Wellen prallten gegen das sich neigende Schiff wie Stohbäume. Sie quirlten und sauchten zwischen den Schornsteinen und Masten, warfen sich gegen die Kabinenwände und bogten das schaukelnde Schiff bis unter den Wasserpiegel.

Das Deck war leer. Die Männer schliefen noch. Sie waren wenigstens nicht zu sehen, und am Steuerhaus lehnte nur der Heilige.

Er sah bläulich und schmal aus als sonst. Um die hagere, lange Gestalt hing ein großer weiler Mantel, und darüber wirbelten sich wild und gepenslich keine lodigen, schwarzen Haare.

Er sah nach Land aus. Wenn das Schiff einen Augenblick still kam, hob er jedesmal eine seiner gebi, dünnfingerigen Hände über die Augen.

Das erste Land wurde auch bald sichtbar. Es lag über dem Wasser wie eine große schwimmende Nase. Die Wellen überschütteten es tauchten es gleich wieder unter und liefen spritzend und schäumend darüber hinweg.

(Fortsetzung folgt.)

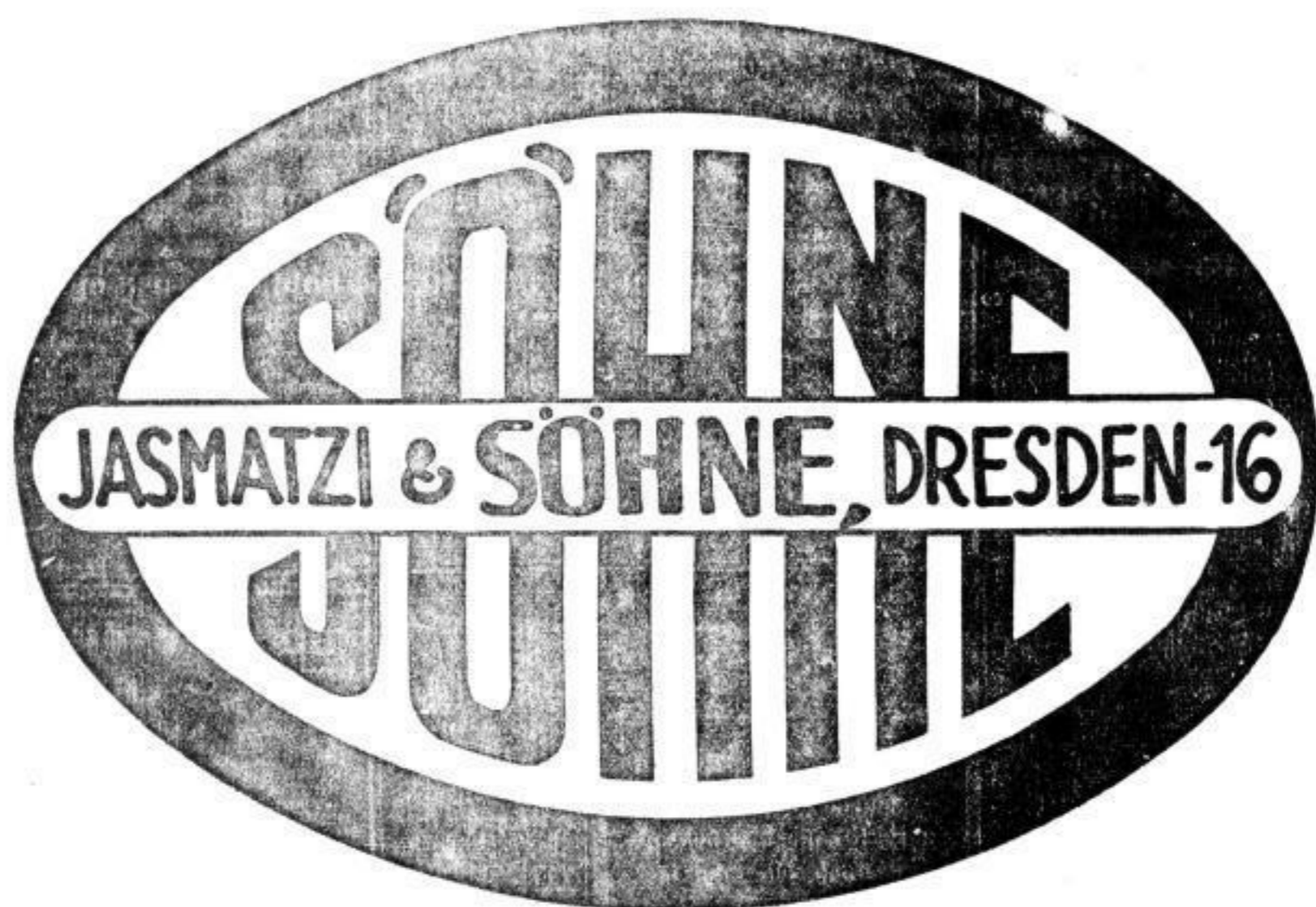
der 197
als unter
reien son
genügt.
ist es 10
üre mehr
geworden
i. Mittel
i mit en
einmal
er ju
er leine
der grü
ne Rolle
lesen da
le. Die
auftrab
ab Föh
n Ey
s 187
sen ein
schreit
Walt
ung ab
weil ab
inter-A
Taleitung
reital co
187
hinterlin
daß kon
Geschichte
den Fall
n da is
antimo
? die ge
e
n. Da
1922
litunde
1100m
er maß
Zahw
Anglof
Schwede
andfuo
aufschre
vht and
de neu
Taw
em Sa
Fron
we.
Berob
m Zuff
ung der
gebälter
h felter
und der
ter Di
tmarfes
allfische
ten, Ke
toprozis
sichtung
eter der
offitt,
minister
relfende
sahlung
Hinter
hoffen
Gerung
füge für
iter der
rei Mo
ach der
mplanung
atione.
sozial
sichtag
ale ge
t gegen
offfchen
ste not
ampfes
unfhen

WÄHLT

DIE NEUE

KORSO

ALS MILDE 5^{PF.} ZIGARETTE



WÄHLT

DOLOMIT

ALS WÜRZIGE 5^{PF.} ZIGARETTE